INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts
3 DM

2,50 DM

27.9.1996

Nr. 390

Hallo zusammen!
Da uns aus Berlin leider überwiegend nur Auflösungserklärungen und Spitzelenttarnungen erreicht haben liegt der **Schwerpunkt** dieser Nummer -wie im letzten Heft-auf Beiträgen zu **Chiapas**.
Dazu ein **Bericht** von Menschen aus Berlin, die am **interkontinentalen Treffen** in Chiapas teilgenommen haben. Außerdem ein **Interview** mit Capitana Maribel, einer in der EZLN organisierten Frau.
Zum **Hungerstreik** der Angehörigen baskischer politischer Gefangener in der Heilig-Kreuz-Kirche findet Ihr eine Presseerklärung und die Hungerstreikerklärung des Kollektivs der baskischen politischen Gefangenen.



Impressum

Herausgeberln:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

Redaktionsanschrift: s.o.

V.i.s.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Demo
3.Okt.
11⁰⁰ Uhr
München
Stachus

Ordner:
das Antifa-Cafe-Wedding sagt leise Servus

Inhalt:

Eindrücke vom interkontinentalen Treffen in Chiapas, Mexiko vom 27.7-3.8 96

Aus Berlin waren wir 12 Leute, die in Gruppen nach Chiapas anreisten. Die Stimmung in unserer "Anreisegruppe" war erfreulich gut, wirwaren 5 Frauen und 2 Männer.
12 Stunden Flugzeit und 16 Stunden Busfahrt nach Sant Christobal waren aber auch ganz schön anstrengend. Die Gesamtgruppe aus Berlin waren 8Frauen und4 Männer, 3Menschen aus O-Berlin, 1 Frau aus Kurdistan. 1 Mann aus Chile, alle anderen kamen aus "einschlägigen" Zusammenhängen.
Die TeilnehmerInnen aus dem "Deutschland" genannten geographischen Raum waren wie folgt zusammengesetzt.

47 Frauen 38 Männer
Ost 8 . West 76
Länder kurdistan, Türkey, Chile ....
Städte : 25

In Sant Christobal teilten wir uns in die 5 Hauptarbeitsgruppen : Welche Politik..., Ökonimie..., Kultur-Medien..., Zivile Gesellschaft..., Viele Welten..., die in gannz Chiapas verteilt an 5 verschiedenen Orten, den Aquascalientes stattfanden, in die wir nach der Eröffnungsveranstaltun in Oventic in über 50 Bussen fuhren.
Die Eröffnungsveranstaltung war aus mehreren Gründen beeindruckend. Bei aller notwendigen Kritik an einzelnen Punkten in Ablauf und Organisation, hatte ich einen enormen Respeckt vor den geleistetenAnstrengungen und den Mut in einem Kriegsgebiet wie in Chiapas für über 3000 Menschen aus über 40 Ländern in der Regenzeit, im Schlamm, im Lakandonischen Regenwald eine Infrastrktur an 5 Orten gleichzeitig, mit Trinkwasser, Duschen Toiletten, Kantinen, Feuerholz, Schlafplätzen, Transport, Elektrizität, Computern, Kopierern und einer relativen Sicherheit zu gewährleisten. Ob "Wir" zu vergleichsweise ähnlichem in der Lage wären, müßten wir auch erst mal beweisen.



In Oventic wurden wir von hunderten Zapatistas mit viel Applaus nud Musik begrüßt, nach dem wir eine unangenehme,aber notwendige "Sicherheitsgepäckkontrolle" über uns ergehen lassen mußten.Am Abend nachdem alle TeilnehmerInnen des intergalaktischen Treffens angekommen waren,besuchten ca. 1000 Zapatistas aus den umliegenden Gemeinden in einem eindrucksvollen Fackelmarsch die Eröfnungsveranstaltung und den Ort den sie in Tag+ Nachtarbeit bis zum Treffen gebaut hatten.
Thematisch und persönlich waren in den Redebeiträgen der eröffnungsveranstaltung eine deutliche Frauenpräsens vorhanden Von den ersten drei RednerInnen waren 2 Frauen,mit frauenspezifischem Inhalt.Am nächsten Tag fuhr unsere Arbeitsgruppe in einer 16 stündigen Busfahrt,inclusive einer 3 stündigen Militärkontrolle,mit Pässe fotokopieren u. Fotos von Teilnehmerinnen zu machen,zu "unserem" Versammlungsort,nach La Realidad. In La Realidad ist eins von fünf zapatistischen Versammlungsorten, die alle nach der Zerstörung des ersten großen Aquascalientes durch das mexikanische Militär, neu errichtet worden. La Realidad selbst ist eine zapatistische Gemeinde mit ca 300 Indegenas,die von Mais,Gemüse,+Kaffeanbau mehr schlecht als recht überleben.
In La Realidad waren wir ca 5ooInternationalistas,mit 210 angemeldeten Redebeiträgen,bei 38% Frauen.Der größte Teil kam aus Europa,Südamerika,U.S.A.,Kurdistan,Türkei,Japan,Australiem.

Aus"Deutschland" waren wir in LaRealidad 17 Leute aus Leipzig Koblenz,Rüsselsheim,Munster, Aachen,Bremen,Bonn,Frankfurt,Berlin, Kurdistan,Türkei,Chile, aus Zeitungsprojekten,Antifa,Infoläden Unis,Lehmbaukollektiv,Jugendzentren,Wagenburg,Wohnkollektiven, Anarchos,Antimilitaristen.Die Stimmung untereinander war ziemlich gut,wir hatten uns viel zu erzählen. In La Realidad hatten wir auch gemeinsam eine Dia-Veranstaltung zur Geschichte der revol. Linken in Deutschland (1918-1996) mit ca. 3oo Leuten gemacht,ca 100 davon waren Zapatisten. In Sant Christobal haben wir dann noch 3 Veranstaltungen zusammen mit Leuten von der FZLN gemacht. Bei der ersten berichteten die Leute von derFZLN über ihre Arbeit,bei der zweiten haben wir den Film vom europäischen Treffen in Berlin und unsere Diás im Cetro Cultura mit ca 70 Leuten gezeigt u. diskutiert.Das dritte Treffen war mit der FZLN zum Thema Chancen und Möglichkeiten mit internationaler Unterstützung freie Radios in Sant Christobal und Chiapas aufzubauen. Dann gab es noch einige Treffen mit linken revol. Leuten die sich selbst nicht als Zapatisten begreifen.
Zurück zum Intergalaktischen ...
Selbst in unserer Sub-mesa (wir hatten uns in 4 Untergruppen aufgeteilt) waren wir noch 190 Leute mit 77Beiträgen. Zwei Frauen der FZLN aus Mexiko-City machten die Diskussionsleitung und Protokoll auf nem Laptop.Geduldig und widerstrebend hörten wir uns alle Beiträge,bei max. 7min.Redezeit plus Verständnis fragen und Kommentare, an.Immer wieder mußten wir intervenieren um die Zeit zum übersetzen einzufordern. Die Beiträge wiederholten sich zu oft in den selben polit. Einschätzungen, aber esgab auch immer wieder interessante Beiträge. Ein Vorteil dadurch war aber,das man/frau durch Inhalt und Form des Beitrages mit wem man/frau es zu tun hat, um daraufhin gezielt einzelne Personen anzusprechen und sich auszutauschen.
Aber endlich nach 2 Tagen begann die offene Diskussion für die nur leider zu wenig Zeit blieb. Dazu orientierten wir uns in noch kleineren Gruppen an folgenden Themen.
: Nur wenn wir aus den Fehlern der Geschichte lernen können wir uns eine bessere Zukunft schaffen
: Erfolg und Niederlagen der zentralistisch-autoritären Revolutionskonzepte im Realsozialismus u. anderswo

: Revolutionäre Gewalt
  Erfolge und Niederlagen bewaffneter Kämpfe u. andere Formen revolutionärer Gewalt
: Neue Formen von Politik - Demokratie und Konsensprinzip

Zu den einzelnen Beiträgen gibt eine vollständige Protokollsammlung die über die Mexikogruppen angefordert werden kann. Darum kanndie folgende Einschätzung nur ein individueller Kommentar sein.
Unter fast allen TeilnemerInnen gab es einen ausgesprochenen Trend weg von autoritär-zentralistischen Organisationskonzepten. ML-Positionen waren durch 2 von 77 Beiträgen erkennbar. Der Haupttenor war daseine radikale Demokratiesierung unserer eigenen Strukturen eine Vorraussetzung ist, wieder Glaubwürdigkeit und Akzptanz in der Bevölkerung zu gewinnwn.
Das gesellschaftliche Veränderungen das Ergebnis antiautoritärer,dezentraler,organisierter,vernetzter Politik sein sollte. Revolution und Befreiung ist das Ergebnis eines gesell. Bewußtwerdungs-u.Organisierungsprozesses der sich zu erst in den Herzen Köpfen der Menschen und in Ihrem Alltag beweisen muß.



Das Konzept revolutionärer Machtergreifung durch selbsternannte revolutionäre,bewaffnete Avantgarden kann den politischen Bewußtwerdungs-u,Organisierungsprozess der Zivilbevölkerung weder ersetzen noch garantieren. Dieser Prozess muß jeden Tag neu im zivilen politischen Alltag geschaffen und bestätigt werden.Revolutionäre Gewalt und revolutionäre Ungeduld muß sich der demokratischen Diskussion und deren Beschlüssen in der Zivilbevölkerung unterordnen, wenn sie mitgetragen werden soll.

Das Konsensprinzip in Diskussions u. Entscheidungsprozessen wurde als Chance für mehr Solidarität und weniger Macht-Mehrheits-Fraktionskämpfe in unseren Strukturen befürwortet. Minderheiten müssen beim Konsensprinzip respektiert werden. Im Gegensatz zu Ausgrenzung u. Unterdrückung durch das Mehrheitsprinzip.Das Konsensprinzip fördert die Fähigkeit zu einem solidarischem Umgang mit Konflikten u. Widersprüchen.

Während des ganzen Treffen waren in den Arbeitsgruppen Vertreder E.Z.L.N. anwesend,die meist im Hintergrund als Beobachter, aber auch sich aktiv an der Disskussion beteiligten.
Für die meisten zapatistischen Indegenas gab es ein mehr u. weniger starkes Sprachproblem. Weil die wenigsten Indegenas ausreichend gut spanisch sprechen um dem links-akademischen-Fremdwörtergebrauch der Internationalistas des notwendige Interesse und Verständnis abzugewinnen.Selbstkritisch müßten wir Internationalisten zugeben,das wir es in den wenigen Tagen

nicht richtig auf die Reihe bekommen haben mit den Zapatisten einen intensiveren Austausch hinzukriegen!Der beste Versuch dazu war noch unser Dia-Vortrag an dem ca 100 Zapatisten teilgenommen haben.
Der direkteste Kontakt mit Vertretern der E.Z.L.N. kam aber noch an zwei Tagen zustande,als Marcos,Tacho,Moises u.a. jeweils füreine Stunde in allen Submesas über Geschichte,Gegenwart u. Perspektiven der E.Z.L.N. berichteten.
Daraus hier nur einige Notizen
1983 entstand die E.Z.L.N. aus einer Summe verschiedener linker Guerillas u. Organisationen.Alte ML-Ideologien trafen auf die Ideologie der Indegenas. Es wuchs eine Mischung aus Avantgardkonzept u. Indegenastrukturen.Bis 94 wurde der bewaffnete Aufstand vorbereitet,der am 1.1.94 in der Besetzung meherer Städte in Chiapas gipfelte. Beim Rückzug wurden die vom mexikanischen Militär angegriffen u. bombardiert, es kam zu rückzugsgefechten mit vielen Toten u. Verletzten auf beiden Seiten.
Der Zapatismus seit 94 verwandelte sich in einen politischen, zivilen Widerstand, von der militärischen Offensive diedie Tür zur Weltöffentlichkeit öffnete,diemexikanische Regierung an den VerhaNDLUNGSTISCH BRACHTE UND in ganz Mexiko eine Bewegung gegen die schlechte Regierung wiederbelebte.
Der Neue Zapatismus ist die F.Z.L.N. als politische Kraft, nicht die E.Z.L.N., nicht Marcos.
Wir kämpfen für eine Welt in der viele Welten Platz haben.
Wir wissen nicht genau wie es auf unserem Weg weitergeht, aber wir haben unseren Spaß dabei.
Ein zweites direktes Treffen mit Marcos.Tacho,Moises u.a. und den Soligruppen fand spät nachts unter dem Schutz bewaffneter Zapatisten unter freiem Himmel u. natürlich im Regen statt.Anlaß war der Brief der franz. Delegation die die Abreise des franz. Soziologen Alain Touraine forderte,derdie Streikbewegung in Frankreich als reaktionär bezeichnete.Touraine war wie z.B. die Witwe von Mitterand als "Prominente" direkt von der E.Z.L.N. eingeladen worden. Marcos versuchte die Wogen zu glätten bat um Toleranz,Prominente schaffen Öffentlichkeit,Schutz für das Treffen,bringen materielle u. finanzielle Unterstützung.
Touraine selber erklärte einen Tag später öffentlich,bei der "Prominentenveranstaltung" wie alle anderen Promis,ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf der Indegenas und der E.Z.L.N. Und verurteilten den Neoliberalismus als System der Ausbeutung undUnterdrückung.
Weil wir gerade bei Prominenz sind-
einige Beobachtungen zum Thema Personenkult um Marcos u.ä.
Im Gegensatz zu Oventic,wo eine deutlicheFrauenpräsenz der Zapatisten sichtbar war ,waren in La Realidad in den "höheren" Ebenen der E.Z.L.N. Frauen anscheinend nicht vertreten.
Während bei den VertreterInnen der F.Z.L.N. Frauen wesentlich besser repräsentiert waren.
Der Personenkult um Marcos ging ganz stark von der Presse aus die völlig auf "Ihn" fixiert war, aber auch peinlicher Weise von nicht wenigen Internationalistas,die mit Autogrammpostkarten u.ä. den Starkult noch anheizten.Marcos machte diesen Fan-Cirkus auch mit ,in dem er diesen Leuten Autogramme gab.
Andererseits fand ich die Kommandantes die wir persönlich erlebt hatten,im Auftreten eher zurückhaltend,bescheiden wenn sie mit uns sprachen,-sympathisch eben.Es gab eine Reihe von Situationen die Witzigkeit,Lockerheit und Selbstironie offenlegten.Z,B. kommt Tacho morgens zum Frühstück mit seiner Gitarre (knarre aufm Rücken) u. spielt uns ein guten Morgenständchen.
Als sowas wie ne Entschuldigung für einige Unbequemlichkeiten die wir durch eine nächtliche Umzugsaktion mitgemacht hatten.
Er kümmerte sich auch um viele technisch-organisatorische An-

gelegenheiten auf dem gesamten Gelände, faßte hieru. dort mit an u. hatte äußerlich einen solidarischen, freundlichen Umgang mit den anderen. Obwohl auch sichtbar war das sie als Autoritäten von den Indegenas gesehen und auch so respektiert werden war ein solidarischer und verantwotungsbewußter Umgang damit von"beiden Seiten" spürbar. Das alles muß man/frau auch auf dem Hintergrund sehen das alle Indigenas die sich öffentlich auf dem Treffen als Teil der der E.Z.L.N.-Strukturen, insbesondere der clandestinen-militärischen, zu erkennen gaben, ständig der Angreifbarkeit durch das nächste Militär ausgesetzt waren. Das Risiko das sie dabei aufsichnahmen war erheblich, denn Ort u. Zeit ihres Aufenthaltes auf dem Treffen, war durch Presse u.a. bekannt, vorhersehbar.
Alles in Allem empfand ich das Treffen als einen Erfolg, einen Schritt in die richtige Richtung. Einerseits für die Indegenas u. die E.Z.L.N., die zwei Tage vor der nächsten Verhandlungsrunde mit der mexikanischen Regierung noch einmal das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die wirklichen Lebensbedingungen der Indegenen Gemeinden lenken konnten.
Für uns durch die direkte Begegnung mit dem zapatistischen Widerstandes, mit den Menschen darin, ihrem Alltag, ihren Sorgen und Nöten.
Aber auch der gelungene Versuch weltweit Menschen aus über 40 Ländern nach Chiapas zu mobilisieren, die dadurch die Chance hatten sich über Ihren Kampf für eine bessere, herrschaftsfreie Welt auszutauschen, zu vernetzen, kennenzulernen u. von einander zu lernen.

Eine interessante Perspektive besteht auch darin, so wie auf dem Treffen beschlossen, einen weltweiten kontinuierlichen Vernetzungs u. Diskussionsprozess in Gang zu setzen. Das Treffen könnte z.B. wie in Chiapas einmal im Jahr an Orten stattfinden in denen durch eine weltweite Öffentlichkeit durch ein solches Treffen auch eine Unterstützung des lokalen Widerstandes möglich wäre.

Darum ist es für uns alle eine wichtige Aufgabe aus den organisatorischen und inhaltlichen Fehlern der kontinentalen Treffen und dem Treffen in Chiapas zu lernen, um die nächsten Treffen INTERESSANTER-LUSTIGER-INHALTLICHER-EFFEKTIVER-EINFACH BESSER ZU MACHEN !!!!!!!!!!!!!!!

Insgesamt gibt es bei den TeilnehmerInnen aus Berlin sehr unterschiedliche Erfahrungen und Einschätzungen über das Treffen, die wir auf vier Veranstaltungen im Oktober, im Roten Salon, Humboldt-Uni, Ex mit auch widersprüchlichen Berichten, Video-Film übers Intergalagtische, Dias, Infos, Readern, Musik, Tanz u. Essen zur Diskussion stellen. Die konkreten Termine werden wir nächste Woche bekanntgeben.

Also bis dahin
DIE INTERGALAKTISCHEN AUS BERLIN

aus RAZZ, September 96

YA BASTA!



"Ich heiße Maribel. Ich bin die erste Hauptfrau der EZLN."

F: Wer bist du?

Maribel: Ich heiße Maribel. Ich bin die erste Hauptfrau der EZLN. Am ersten Januar 1994 war ich schon 11 Jahre im Kampf. Ich bin *indígena* aus Chiapas und daher Mexikanerin.

F: Wieso bist du der EZLN beigetreten?

M: Ich bin beigetreten, weil ich gesehen habe, daß Forderungen der EZLN in meinem eigenen Dorf berechtigt und weit davon entfernt sind, erfüllt zu werden: die prekäre Situation von Tausenden von Frauen in den Dörfern, das Fehlen von Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, die Armut, die sehr groß ist. Die Indígenas arbeiten sehr viel, produzieren sehr viel, aber sie essen ihre Produkte nicht, weil sie sie aus purer Notwendigkeit heraus verkaufen müssen, um sich das, was sie nicht selber herstellen können, kaufen zu können. Dieser Handel ist sehr ungerecht, denn die Waren, die die Indígenas verkaufen, wie z.B. Mais, Kaffee oder Vieh, werden sehr schlecht bezahlt, aber die Waren, die es in den Läden zu kaufen gibt, sind sehr teuer; so teuer, daß viele sie sich gar nicht leisten können. Auch bezüglich der Schulbildung ist die Situation sehr schlecht, viele Frauen beenden nicht einmal die Primarschule. Sobald sie ein bißchen größer sind, verlassen sie die Schule, weil sie arbeiten müssen. Die Arbeit der Frauen ist sehr umfangreich, weil sie sozusagen keine Hilfsmittel haben, die ihnen die Arbeit erleichtern würden, wie z.B. einen Gasherd oder einen Kühlschrank. So müssen sie das Feuerholz vom Berg herantragen, die Wäsche am Fluß waschen und um die Tortillas zu machen, muß vorher enorm viel Arbeit erledigt werden. Darum können viele Frauen weder lesen noch schreiben, weil sie von klein auf der Mutter bei der Arbeit helfen müssen.

Auch die Gesundheitssituation ist sehr schlimm, die *companeras* sterben an heilbaren Krankheiten, weil es keine Spitäler gibt, und wenn *der curandero* (Kräuterheiler) kein Heilmittel weiß, dann müssen sie ihre Krankheiten ertragen bis sie sterben, auch sehen sie ihre Kinder sterben. So hab ich mich gefragt, wieso soll ich so weiterleben? Wieso soll ich nicht besser im Kampf sterben, wenn er es verlangt? Ich entschied mich, und sagte es meinen Eltern, und als ich von der EZLN erfuhr, zögerte ich keine Sekunde. Ich hatte keinen anderen Gedanken als den zu kämpfen, mich mit den anderen zusammenzutun, die der EZLN schon beigetreten waren, damit sich die Dinge ändern. Ich hatte Gelegenheit ein bißchen zu reisen, und so wurde mir bewußt, daß die Situation in den Städten nicht besser ist, auch dort viel Armut und Ausbeutung herrscht, und auch, daß es nicht nur die Indígenas sind, die keine Freiheit und Gerechtigkeit kennen. Als ich in unserem Gebiet, der *selva lacandona*, gereist bin, habe ich mit vielen Frauen gesprochen und gesehen, daß es Hunderte von Dörfern gibt wie meines, wo die Frauen unterdrückt sind. Und das wird sich nie ändern, wenn wir nichts tun: wir selber müssen zu den Waffen greifen

und kämpfen, weil es eine Schande ist, an heilbaren Krankheiten sterben zu müssen, wenn es einen Kampf gibt, der für das Leben ist. Wir kämpfen für das Leben. Wir rufen den Soldaten der mexikanischen Bundesarmee zu: „Verkauf dein Leben nicht." Diese Regierung ist nicht unsere Regierung, denn sie kümmert sich nicht um das, was das Volk braucht oder will. Darum wollen wir, daß sich das Volk organisiert und vorbereitet, daß es verstehen lernt, was wir schon verstanden haben. Das ist unsere Aufaabe als *insurgentes*.

F: Welche Schulbildung hattest du, als du der EZLN beitratest? Hast du Spanisch gesprochen?

M: Ja, ein bißchen. Meine Eltern haben ein wenig Spanisch gesprochen, in meinem Dorf wird ein Dialekt, *tzeltal*, gesprochen. So hab ich vor allem den gelernt, aber mit dem Spanisch, das ich konnte, war es mir nicht schwer gefallen, die *companeros* zu verstehen. Was ich konnte, war lesen und schreiben. Als ich die Schule nach der dritten Klasse verließ, kannte ich nur die Silben. In meinem Dorf gab es nicht mehr als die dritte Klasse, und um weiter in die Schule zu gehen, in eine der *albergues* (eine Art von Internat) der Regierung, dafür fehlte das Geld und außerdem sind diese sehr weit weg. Überhaupt sind diese *albergues* nur dafür da, um geschwängert zu werden! Sie sind schlecht kontrolliert und die Dinge, die dort gelehrt werden, interessieren uns nicht. Wir wollen die wahre Geschichte unseres Landes erfahren und nicht die Lügen, die uns die Regierung erzählt.

F: Wie sind die Frauen der *bases de apoyo* (Unterstützungsbasen in den Dörfern) der EZLN organisiert?

M: Vor dem 1.1.94 sind wir in die Dörfer hinunter gegangen, um die Frauen zu sprechen, um Versammlungen zu machen, aber das konnten wir nicht offen machen, sondern mußten versteckt arbeiten. Wenn wir dann Kontakte gehabt haben und von einer *companera in* einem Dorf wußten, daß sie mit uns war, dann mußte sie diese Arbeit übernehmen, bis sie eine Gruppe von Frauen zusammen hatte. Dann kamen wir und machten Vorträge und Gespräche und organisierten sie. Sie gaben ihrer Gruppe einen Namen, ernannten eine Verantwortliche und begannen mit der politischen Arbeit, die zu dieser Zeit darin bestand, das Geheimnis der Organisation zu wahren, neue Frauen anzuwerben, *tostadas* (getrocknete Maisfladen) und *pinole* (Kaffeersatz aus gerösteten Maiskörnern) für die *insurgentes* (aufständische Truppen) und *milicianos* (Miliztruppen) herzustellen und Leute von der Organisation zu empfangen und unterzubringen, wenn sie auf der Durchreise waren. Wir haben sie über den Fortgang des Kampfes informiert und sie nach ihren Meinungen gefragt. Wir haben z.B. die revolutionären Gesetze gemacht und sie haben sie analysiert und diskutiert. Wir haben gemerkt, daß es den Frauen nicht leicht fiel, sich zu organisieren, viele zogen es vor in ihren Küchen zu bleiben, anstatt zu den Versammlungen zu kommen. Aber sie überzeugten sich gegenseitig innerhalb ihrer Gruppen, daß es wichtiger ist, zu der Zusammenkunft zu gehen, um zu erfahren, wie es um unseren Kampf steht. So haben sie sich nach und nach immer mehr verpflichtet und erfüllen, was die Organisation von ihnen verlangt. Wenn es nötig ist an dem Dialog teilzunehmen, dann gehen sie dahin, wenn eine Versammlung ansteht, dann gehen sie dorthin, um z.B. die Ergebnisse des Dialogs zu diskutieren. Manchmal bitten sie uns als *insurgentes* um unsere Meinung, dann schicken wir ihnen einen Brief oder eine Kassette. Sie organisieren auch die kollektive Arbeit im Dorf wie z.B. die Realisierung eines Gemüsegartens, Brotbakken oder die Organisation eines Nähkurses. Das machen sie mit den wenigen Mitteln, die sie im Dorf auftreiben können oder jetzt zum Teil mit Spenden von der Zivilgesellschaft.

F: Wie ist die Organisation unter den *insurgentes?* Trainiert ihr zusammen mit den Männern oder habt ihr auch Frauengruppen?

M: Es gibt unter den *insurgentes* Frauengruppen, die zusammen Zeitungen lesen oder sonstiges Material studieren, das uns von der Organisation geschickt wird, aber eigentlich kommen wir immer alle, Männer und Frauen, zusammen um zu reden und zu diskutieren. Es gibt Zellen für politische, ideologische und militärische Bildung. Wir sind in kleinen Einheiten organisiert. Ich z.B. bin von der Infanterie,



darum habe ich mehr militärische Ausbildung, das ist mein Gebiet. Andere sind in der Sanität oder Funkerinnen und bekommen militärisch nur eine Ausbildung, damit sie sich schützen und verteidigen können.

Aber wir trainieren zusammen mit den Männern. Wir machen die gleichen Arbeiten wie sie, außer es handelt sich darum etwas Schweres, wie z.B. einen Baumstamm, zu heben. Da helfen sie uns, weil sie als Männer einfach mehr Kraft haben. Aber alles andere machen wir zusammen: Lasten tragen, marschieren, eine militärische Taktik einüben. Wir haben gesehen, daß die Frauen oft mehr ertragen als die Männer, denn nicht alle halten das Leben in den Bergen aus. Es gibt welche, die gehen zurück in ihre Dörfer, aber die Frauen, die bleiben. Niemand zwingt uns dort zu bleiben, aber wenn wir in die Berge gehen, dann wissen wir, daß wir trainieren werden, daß wir Verpflichtungen eingehen, daß wir gewisse Dinge tun müssen. Wir tun das aus dem Bewußtsein heraus, für unser Volk zu kämpfen, damit es die Freiheit bekommt, die ihm zusteht. Niemand bezahlt uns, unser Kampf ist für ein gerechteres Leben.

F: Üblicherweise waren es immer die Männer, die Waffen tragen. Du und andere Frauen, ihr habt mit dieser Tradition gebrochen, wie war das für euch?

M: Für uns war das nicht besonders schwierig. Es ist wie in die Schule gehen. Wenn eine im Lager ankommt, empfangen wir sie: jetzt bist du in deinem Haus angekommen, hier wirst du lernen. So nimmst du den Bleistift in die Hand und so das Gewehr. Natürlich gibt es verschiedene Stufen der Vorbereitung. Zuerst zeigen sie dir, wie du das Gewehr auseinandernimmst und wieder zusammensetzt, und so verlierst du die Angst vor der Waffe. Sie ist unser Werkzeug, unser Kriegswerkzeug, denn wenn wir sterben werden, werden wir im Kampf sterben. Wir werden auch in politischen Fragen ausgebildet, d.h. warum wir die Waffen in die Hand nehmen, warum wir diesen Kampf führen. Das ist die Schule des Volkes für mich, das ist wo dich das Volk ruft, für es zu kämpfen.

F: Aber wie ist es mit den Traditionen, die sagen: die Frau kann das nicht?

M: Gut, da gibt es noch sehr viele Dörfer, in denen gesagt wird, daß wir Frauen das nicht können, daß wir nicht fähig sein werden. Es verursacht Angst. Z.B. fragen sie sich, wie wir das mit der Menstruation machen, ob wir dort keine Regel mehr haben, sie haben sehr viele Zweifel. Und es ist schwierig mit der Menstruation, die Frauen haben viel zu leiden im bewaffneten Kampf, aber wir sind dazu bereit, weil wir es als unsere Pflicht ansehen, die wir erfüllen müssen. Es ist schwierig, die Frauen davon zu überzeugen, daß sie fähig sind, daß sie es aushalten können. Viele haben Angst, daß sie nicht respektiert werden. Aber in der EZLN wird das nicht gemacht, wenn eine neue Frau ankommt, wird sie von allen Männern mit Respekt behandelt. Und wenn es zwischen einem Mann und einer Frau zu Auseinandersetzungen kommt, dann wird das innerhalb der Einheit gelöst. Wir machen einmal pro Woche Sitzungen mit Kritik und Selbstkritik, wo wir darüber reden, was wir falsch gemacht haben und was der Unterschied ist, zwischen dem Dorfleben und dem Leben in der EZLN. Im Gegensatz zu den Männern in den Dörfern haben die *insurgentes* verstanden, daß wir gleichberechtigt sind. In den Dörfern haben die Frauen bis jetzt erreicht, daß die Männer sie an den Versammlungen teilnehmen lassen, um über die Politik zu sprechen. Früher haben die Männer ihnen das verweigert, weil sie Frauen sind. Und wenn die Männer sehen, daß wir das gleiche tun können wie sie auch, dann wird ihnen bewußt, daß wir die gleichen Fähigkeiten haben wie sie auch.

F: Wer hat das revolutionäre Frauengesetz gemacht?

M: Dieselben Frauen aus den Dörfern, die es diskutiert und verabschiedet haben. Im Moment wird ein neues gemacht. Jenes, welches am 1.1.94 bekanntgegeben wurde, beinhaltet 10 Artikel. Das neue wird 33 Artikel mehr enthalten. Es werden 43 Artikel sein, die wir zu verteidigen haben, diese werden jetzt in den Dörfern diskutiert und analysiert.

F: Von was handeln die neuen Gesetze?

M: Da wird es um das Recht gehen, daß die Frauen das Recht bekommen, Land zu besitzen und zu erben. Oder um das Recht, bei Trennungen die Hälfte des Besitzes zu erhalten. Denn bis jetzt war es so, daß der Mann alles behielt und die Frau nur das kleinste Kind erhielt und zu ihrer Familie zurückkehrte. Vor kurzem hatten wir eine Versammlung, wo die Frauen den Wunsch geäußert hatten, das revolutionäre Frauengesetz zu erweitern, weil noch zu viel fehlt, und es einfacher für sie ist, ihre Forderungen zu verteidigen, wenn Gesetze daraus gemacht werden.

F: Im ersten Gesetz, das am 8. März 1993 in Kraft trat, wurde nichts über die Abtreibung erwähnt, weißt du, ob im neuen etwas steht?

M: Es scheint so. Aber hier in den Dörfern ist das kein Thema. Wenn eine Frau schwanger wird, dann bekommt sie das Kind. Die Frauen haben Aborte, weil sie zu viel arbeiten müssen, zu viel Holz schleppen. Aber daß eine sagt: „Ich will es nicht, ich werde es abtreiben lassen", das habe ich noch nie gehört in den Dörfern. Gut, es kann sein, daß wenn es eine Klinik hier gäbe, die das machen würde, vielleicht gäbe es ein paar Frauen, die es tun würden, aber einfach so, weil sie keine Lust auf das Kind haben, das ist nicht üblich.

F: Glaubst du, daß es in der Zukunft möglich oder nötig sein wird, eine Abtreibungsklinik zu haben?

M: Hier gibt es diese Forderung eigentlich nicht, das ist mehr eine Forderung der Frauen aus der Stadt. Ich denke, daß es natürlich dort Kliniken geben müßte, wo die Frauen abtreiben wollen, denn diese Entscheidung muß jede allein treffen. Und es dürfte kein Delikt sein. Jede muß für sich entscheiden können.

F: Aber die Religion verbietet die Abtreibung und das wäre ein Problem hier, wo fast alle katholisch sind.

M: Das ist natürlich so und das wissen auch die *companeras*, darum ziehen sie es vor, das Kind zu kriegen. Sie sagen, die Kinder werden geschickt und darum werden wir sie bekommen, so sind die Bräuche hier. Aber so ist ihre Entscheidung, und wie gesagt, denke ich, daß das eine Entscheidung ist, die jede für sich treffen muß.

F: Im *Indígenen Forum* (Januar 1996, in San Cristóbal) kritisierten die indígenen Frauen die Mestizinnen und verlangten, daß sie getrennt über das Thema „Situation der indigenen Frauen" diskutieren. Wie siehst du das, was dort vorgefallen ist?

M: Das hängt damit zusammen, daß die *ladinas* (Mestizinnen), die fast alle aus der Stadt kommen und gebildet sind, eine sehr andere Sprache sprechen als die *indígenas*. Die Frauen aus der Stadt werfen mit Wörtern um sich, die die Frauen aus den Dörfern nicht verstehen. So ist es besser, daß sie getrennt diskutieren, was aber nicht heißt, daß wir den Kampf getrennt führen müssen. Wir müssen weiterhin zusammen kämpfen, dürfen aber nicht vergessen, daß wir verschiedene Bildungsniveaus und verschiedene Forderungen haben. Die Forderungen einer Studentin aus der Stadt sind nicht die gleichen wie die Forderungen einer *indígena* aus einem Dorf. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir verschiedene Strategien benutzen, unsere Probleme zu diskutieren und zu lösen, und daß wir die Dinge nicht alle auf die gleiche Weise verstehen.

F: Im „Forum" wurde auch über die dreifache Unterdrückung der indigenen Frauen gesprochen: als Frau, als *indígena* und als Arme.

M: Ich glaube, das betrifft nicht nur uns, sondern viele Frauen auf der ganzen Welt. Ich kenne vor allem die Situation in den Dörfern hier, in Chiapas, in Mexico. Ich kenne die Armut, weiß, daß den meisten Frauen nicht zugehört wird, daß ihre Meinung nicht zählt. Jedoch haben mir Frauen aus anderen Ländern erzählt, daß ihre,

Situation ähnlich ist, daß auch sie nicht respektiert werden. Ich denke, daß es sehr wichtig ist, dagegen anzugehen. Es geht darum, die Probleme zu erkennen, sie zu analysieren und sich zu überlegen, was gemacht werden kann, zu kämpfen und Forderungen zu verteidigen. So machen wir das jedenfalls. Klar, daß wir das nicht nur für uns persönlich machen, sondern für alle Frauen, jedoch sollen sie alle verstehen und auch kämpfen. So sehe ich die Sache.

F: Wenn eines der revolutionären Gesetze gebrochen wird, sei es nun das der Frauen oder das andere, wer schreitet dann ein und wie wird bestraft?

M: Die *comunidad* (Dorfgemeinschaft) entscheidet in einer Versammlung, wie der Übertreter bestraft werden soll. Er wird in die Versammlung gerufen und dort wird über ihn verhandelt und seine Strafe bestimmt: soundso viele Arbeitstage oder Gefängnis, soundso viele Lasten Brennholz vom Berg hertragen oder ein Stück Land roden für Viehweide. Wenn die Sache uns *insurgentes* betrifft, dann bestrafen wir. Wenn es das Dorf betrifft, das Dorf.

Es kommt immer wieder vor, daß die revolutionären Gesetze gebrochen werden: Männer, die ihre Frauen schlagen, Leute, die sich betrinken. Aus diesem Grund sind die Dörfer dabei, sich in Gemeinden zu organisieren, um die, die sie nicht im Dorf bestrafen können, in den Gemeindehauptort führen zu können, damit dort die Sanktionen erhoben werden können. Diese Gesetze sind wirklich Volksgesetze, die Leute selber haben sie geschrieben und darum werden sie auch von ihnen verteidigt. Natürlich gibt es *companeros*, die nach der Offensive vom 1.1.94 der Organisation beigetreten sind, ihnen gaben wir die Gesetze bekannt, damit sie sie analysieren und studieren. Es ist gut möglich, daß aus diesem Grund die Situation eingetreten ist, daß die Frauen ihre Gesetze erweitert haben möchten.

F: Wie ist das mit der Autonomie der Dörfer? Uns scheint das ein sehr abstrakter Begriff, wie wird darüber diskutiert?

M: Die *companeros* kennen den Begriff wahrscheinlich nicht, oder wenigstens nicht seine Bedeutung, aber sie verwirklichen ihn. Für sie hat das keinen Namen, was sie machen, aber sie realisieren es. Die Dörfer haben ihre fest umgrenzten Territorien, innerhalb derer sie bestimmen. Dann sind sie in Gemeinden organisiert, um regionale Fragen oder Probleme zwischen Dörfern zu lösen. Die Autonomie ist eine Forderung, die von vielen Organisationen in unserem Land gestellt wird. Sie wollen in ihrem Territorium selbst bestimmen können und nicht die Regierung bestimmen lassen. Sie wollen nicht, daß die Regierung kommt und sagt: Jetzt werdet ihr dies säen in diesem Gebiet, denn das ist was die Fabriken der Reichen brauchen. Das ist, was wir unter Autonomie verstehen.

F: Im *Nationalen indígenen Forum* hatten wir den Eindruck, daß die Forderungen der Frauen innerhalb ihrer klassischen Rollen blieben: Wir wollen besser eingerichtete Küchen, einen Gasherd, usw. In Europa z.B. gehen die Forderungen dahin, diese Rollenverteilung aufzuheben.

M: Das ist die Realität, mit der die Frauen konfrontiert sind. Sie werden sich bewußt, daß sie immer in der Küche sind und arbeiten, und sie werden es sich jetzt bewußt, weil sie jetzt auch andere Arbeit zu tun haben, nämlich politische.

Wie ich schon erwähnt habe, gibt es ums Haus herum sehr viel Arbeit: Brennholz holen, Mais mahlen (jetzt gibt es Handmühlen, früher wurde er mit einem Stein gemahlen), das Essen kochen, die Wäsche waschen, das Haus sauberhalten, Wasser holen, usw. Wenn die Frauen nun einen Gasherd hätten, dann müßten sie nicht mehr Brennholz schlagen gehen. Diese Zeit, die dadurch frei würde, könnten sie dann nutzen, um etwas anderes zu tun, wie z.B. Heft und Bleistift in die Hand zu nehmen. Das Gleiche mit der Wäsche, mit Waschmaschinen müßten sie nicht Stunden am Fluß verbringen, bis die Wäsche gewaschen ist.

Aber es geht natürlich auch darum, daß die Männer lernen, die Frauenarbeit zu tun und umgekehrt. Als am 8. März die Frauen nach San Cristóbal gingen, um zu demonstrieren, da mußten die Männer auf die Kinder aufpassen und den Haushalt machen.

F: Im Gespräch mit Leuten haben wir gemerkt, daß die Vorstellung von Männerarbeit und Frauenarbeit noch sehr stark verankert ist.

M: Es ist halt so, daß sich viele Männer schämen, „Frauenarbeit" zu machen, das bekämpfen wir. Es gibt einige Dörfer, in denen du so etwas nicht mehr hörst, weil sie Arbeit einfach als Arbeit ansehen, die erledigt werden muß.

Z.B. gibt es da unten am Fluß eine junge Frau, die hat einen Kajak, um damit Leute über den Fluß zu bringen. Sie als Frau manövriert das Boot und darum gibt es manchmal Leute, die sich über sie lustig machen, weil sie eine Männerarbeit verrichtet. Wenn nun andere Frauen davon erfahren, dann kritisieren sie diese Leute, daß sie nicht so reden sollen. Wir sind dabei, diese Ansichten zu bekämpfen, aber das ist ein langer Prozeß und einige begreifen es schneller als andere.

F: Was muß sich ändern, damit Männer und Frauen gleichberechtigt sind?

M: Das, was schon erwähnt worden ist, die Arbeitsverteilung und dann natürlich die Erziehung. Wir versuchen die *companeras*, die nach dem 1.1.94 beigetreten sind, dazu zu bringen, daß sie uns verstehen. Viele sind einverstanden damit, daß sie versuchen sollen ihren Töchtern beizubringen, daß die Arbeit der Frau gleich viel wert ist, wie die Arbeit des Mannes, und daß beide lernen müssen auch die Arbeit des anderen zu tun.

Es ist natürlich schwierig, den *companeros* etwas wegzunehmen, nicht für alle ist es gleich schwer. Wir erklären es ihnen und ich denke, daß sie verstehen werden.

Aber worauf wir mehr achten müssen ist, bei der Erziehung unserer Kinder, von klein auf. Damit sie es, wenn sie groß sind, nicht mehr so machen wie es heute ist. Aber dafür brauchen wir ErzieherInnen, LehrerInnen. Wir wollen keine von der Regierung geschickten, wir wollen zapatistische. Momentan sind wir daran, in den Dörfern Leute auszubilden, damit sie den Kindern, Frauen und Männern das Lesen und Schreiben beibringen. Wir denken, daß die Kinder in das hineinwachsen werden. Die alten Leute haben natürlich mehr Mühe mit diesem Wechsel. Die *companeras* sagen, daß man die Mädchen und Jungen gleich behandeln muß, und daß man sie respektieren soll.

F: Gab es Veränderungen in den Dörfern seit ihr mit ihnen in Kontakt getreten seid? Wenn ja, was für welche?

M: Auf jeden Fall! Erst kürzlich fragten wir die Frauen, ob das revolutionäre Frauengesetz eingehalten würde. Sie meinten ja, daß mit dem Kontakt zur Organisation und der Einführung der Frauengesetze auch Veränderungen eingetreten seien: „Wir waren schon fast tot. Mit dem Beitritt zur EZLN sind wir ins Leben zurückgekehrt", hat mir eine *companera* gesagt. Die Meinung der Frauen hat heute ein Gewicht, sie werden beachtet, zu den Versammlungen gerufen und nicht nur zu den Festen, so wie früher, als die Frau nichts wert war: Ihre Arbeit wird heute anerkannt und sie übernimmt Verantwortungen, wie z.B. in der Gesundheitsfrage. Heutzutage werden Vergewaltiger und Betrunkene kritisiert und bestraft. Als die Männer noch Zugang zum Alkohol hatten, waren sie oft sturzbetrunken, haben ihre Frauen verprügelt, bedroht usw. Die Männer machen viele schlechte Sachen, wenn sie besoffen sind. Die Frauen sind immer die Hauptleidtragenden des Alkoholkonsums, sie und die Kinder. In einigen Gemeinden wird überhaupt kein Alkohol mehr getrunken, in anderen leider nach wie vor, was die *companeras* sehr stört. Vor der Militäroffensive im Februar 95, als das Territorium noch von uns kontrolliert wurde, haben wir jegliche Transporte, die in unser Gebiet fuhren, durchsucht und den Alko-

hol vernichtet. Heute führt ihn das Militär wieder ein, einerseits für sich, andererseits, und das ist das Schlimme, um die Bevölkerung zu spalten, sie gegeneinander aufzuhetzen. All das verurteilen die Frauen, sie wollen das einfach nicht mehr, es erinnert sie auch immer wieder daran, wie es früher war.

Es ist schwierig, Änderungen herbeizuführen und diese zu festigen. Doch es hat sich was verändert und es wird sich noch mehr verändern. Die Frauen sind bewußter und bereit, sich ernsthaft für Fortschritte einzusetzen und die schon erreichten zu verteidigen. Sie nehmen an Demonstrationen teil, was sehr wichtig ist, damit auch die Regierung sieht, daß es nicht nur wir, die *insurgentes* sind, die unzufrieden sind mit ihr und ihrem System, sondern daß es auch viele Menschen aus den Dörfern und Städten selbst sind. Als die Frauen aus den Dörfern an die große Demonstration am 8. März nach San Cristóbal fuhren, hatten viele von ihnen Angst, weil es für die allermeisten das erste Mal war, auf diese Weise teilzunehmen. Jedoch überwinden sie diese Angst, weil sie wissen, daß dies ein Teil ihres Kampfes ist, und ihre Teilnahme wichtig ist. Schweren Herzens ließen sie Küche und Kinder zurück und merkten dann, daß es sehr wohl möglich ist, daß sie mal weggehen, daß ihre Ehemänner auf die Kinder aufpassen können und es gut machen.

F: Habt ihr Kontakt außerhalb von Chiapas?

M: Das weiß ich nicht.

F: Aber es gibt viele andere Kampfbewegungen, oder?

M: Ja, wir wissen, daß es diese gibt. Da ist einerseits die Zivilgesellschaft, die gesehen hat, daß wir recht haben. Sie wollen nicht, daß wir sterben, sie wollen, daß wir leben und deshalb verteidigen sie uns. Was uns sehr weh getan hat, ist das Massaker von Guerrero. Wir wissen auch, wer dafür verantwortlich ist, wer die Befehle dazu gab: die Regierung. Es ist sehr einfach, unbewaffnete Menschen, hoffnungslose Menschen so kaltblütig zu ermorden. Das ist die Arbeit der Bundesarmee und der Polizei. Jedoch gibt uns das kein Ohnmachtsgefühl, noch macht es uns Angst, sondern es provoziert das Gegenteil. Es gibt uns noch mehr Motivation zu kämpfen, uns und auch anderen Menschen, die einsehen, daß sie sich bewaffnen müsse, um sich verteidigen zu können. Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, bis wir erreicht haben, was wir fordern. Wir kämpfen auch nicht nur für uns, sondern für alle, die unter dem Elend und der Ausgrenzung leiden. Unser Kampf richtet sich gegen jene, die verantwortlich sind für diese Mißstände, gegen die Regierung, das Militär, welches die Interessen der Regierung verteidigt und nicht etwa die des Volkes, wie sie behaupten. Gegen die Reichen, die von der Regierung Bevorzugten und gegen die ausländischen Reichen, denen wir einen großen Teil der Vertreibungen und des Elends zu „verdanken" haben. Wir wollen, daß dies das Volk versteht und sich dagegen auflehnt und seine gerechten Ansprüche verteidigt. Wenn wir nichts unternehmen, werden sie uns töten und so wollen wir nicht sterben. Wir ziehen es vor, kämpfend zu sterben, anstatt aus Armut und Hunger.

F: Mit was für Mitteln versucht die Regierung, euch zu demoralisieren, euch zu „stoppen"?

M: Sie versucht es auf vielen Wegen. Ein sehr wichtiger Punkt ist die *contrainsurgencia* (Aufstandsbekämpfung), die dazu da ist, uns fertig zu machen und die natürlich für die Regierung arbeitet und von ihr Geld bekommt, für ihre schmutzige Arbeit. Sie versucht einerseits, unseren Widerstand zu brechen und andererseits den der Zivilbevölkerung in den Dörfern,



unseren *bases de apoyo*. Sie versuchen sie zu kaufen, ihnen Geld oder Nahrungsmittel zu geben, nachdem sie sie „ausgehungert" haben, also ihre verheerende Ernährungssituation mit dem Ziel auszunutzen, sie vom Kampf zu entfernen. Daß sie sich wieder mit den leeren Versprechungen der Regierung die Bäuche „füllen" und als Konsequenz dazu, aus der Organisation aussteigen. Ein Mittel ist das Wiedereinführen des Alkohols durch das Militär, von dessen Auswirkungen ich euch bereits erzählt habe. Eine andere Taktik ist, Leute aus den Dörfern, die gegen uns sind, zu bewaffnen. Sie dafür zu bezahlen, daß sie uns bekämpfen und terrorisieren und die Menschen von ihrem Boden und aus ihren Dörfern vertreiben und ihnen somit ihre Existenz entreißen. Manchmal verkleiden sie sich auch als Zapatisten und machen Überfälle, damit es nachher heißt, die Zapatisten hielten sich nicht an den Waffenstillstand und attackierten die Zivilbevölkerung. Es geht vor allem darum, gegen uns zu hetzen. Auch damit, daß sie Marihuana in der Nähe unserer Dörfer anpflanzen und behaupten, daß die Zapatisten Drogen anpflanzen und damit natürlich gleich einen Grund haben, das Militär um unsere Dörfer zu stationieren, unter dem Vorwand, die Marihuana-pflanzungen zerstören zu wollen. In den Dörfern, die der Organisation angehören, ist der Alkoholkonsum, wie auch die Kultivierung, der Handel, die Einfuhr und natürlich der Konsum jeglicher Drogen untersagt und die Leute halten sich auch daran. Sie können machen was sie wollen, sie werden es nicht schaffen, uns auf diese Art und Weise zu demoralisieren.

F: Willst du den Menschen aus Europa, die auch am kämpfen sind, noch etwas mitteilen?

M: Ja, doch. Es muß analysiert werden, woher die Unterdrückung kommt und von dort aus gesehen werden, gegen wen und in welcher Form gekämpft werden muß. Es gibt ja viele Formen, um zu kämpfen, der Kampf kann pazifistisch, militärisch oder auch ideologisch sein. Auf jeden Fall müßt ihr euch organisieren und den Widerstand in eure Hände nehmen, denn ich glaube, daß man eine Revolution nicht importieren kann, d.h. es wird niemand kommen, um sie für euch zu machen, sondern sie muß im eigenen Land geboren werden und von den eigenen Leuten getragen werden. Vielleicht können wir von anderen Revolutionskämpfen lernen, von ihren Erfahrungen, von ihren Ideen, von ihrer Poesie. Wer dir antworten wird, wenn es auch wirklich gut ist was du sagst und machst, ist das Volk.

Wir kaufen die Leute nicht, die sich entscheiden, in die Organisation einzutreten. Auch gibt uns niemand Geld für das, was wir machen, sondern wir kämpfen aus Überzeugung und wegen des Bewußtseins, daß es der einzige Weg ist, etwas verändern zu können. Wir kämpfen, weil es nötig ist, für unsere Leute, für das ganze Volk. Ich glaube, daß der Schrei der Zapatisten, unser „YA BASTA" vielen Leuten die Motivation gab, auch anzufangen zu kämpfen. Es muß nicht sein, daß sie hierher kommen, sondern daß sie in ihren Ländern beginnen, sich zu organisieren und zu kämpfen und nie aufhören, ihre Forderungen zu verteidigen.

Auch wir werden weiter kämpfen, bis wir haben, was wir wollen: Gerechtigkeit und Freiheit für alle.

(Aus: Land und Freiheit. Das Geprach wurde durch die Redaktion gekürzt)

La Realidad, 10.

Fragen an die TeilnehmerInnen der Demonstration „Stopp Umstrukturierung und Vertreibung! Wohnraum muß für alle da sein!" am Samstag, 21.09. in Kleinmachnow

„Gegen die Reichen und Geldsäcke" wollten HausbesetzerInnen gemeinsam mit EigenheimbesitzerInnen in Kleinmachnow auf die Straße gehen. Letztere würden durch Rückübertragungsansprüche vertrieben, hieß es in Redebeiträgen und auf Flugblättern. Nun zeigte die Demonstration, bei der bis auf eine Handvoll Jugendlicher, die KleinmachnowerInnen lieber auf ihren Fensterplatz verblieben, daß eine solche Einheit so einfach nicht herzustellen ist. Schon gar nicht, wenn aus dem Lautsprechern ständig Ton-Steine-Scherben-Musik Marke „Die rote Front und die schwarze Front sind wir" zu hören ist.
Gravierender ist allerdings, daß die Eindeutigkeit im Kampf gegen die 'Reichen und Geldsäcke' so nicht besteht. Ausgeblendet wird dabei, daß es sich bei einem Teil der Rückübertragungsansprüche um von den Nazis enteignetes jüdisches Eigentum handelt. Die jüdischen Erben wurden in der DDR natürlich nicht entschädigt. An dieser Frage hat sich in Kleinmachnow und mehr noch im Nachbarort Teltow eine nicht zu überhörende antisemitische Mobilisierung entwickelt. Dabei haben die HausbesetzerInnen selber mitbekommen, wie die 'ach-so-freundlichen' KleinmachnowerInnen über „die Juden" herziehen, denen ja angeblich bald wieder der ganze Ort gehört und die doch gar nichts hier zu suchen hätten. .

Fragen an die Demoleitung:

- Warum wurde diese antisemitische Mobilisierung nicht in Eurem Aufruf und in den Redebeiträgen erwähnt?
- Gibt es bei Euch einen Konsens darüber, wie mit jüdischem Eigentum, daß von den Nazis enteignet wurde, umzugehen ist?
- Haltet Ihr es für möglich, einen gemeinsamen Kampf mit Leuten zu führen, die mit den von Euch zitierten Geldsäcken, jüdische Menschen assoziieren?

Exkurs: Die Auseinandersetzung über den Umgang mit enteigneten jüdischen Vermögen wurde auch in der KPD im Exil und später in der SED geführt. Zu den Kommunisten, die für eine Rückgabe von jüdischen Eigentum eintraten, gehörte Paul Merker. Das wurde ihm in den 50er Jahren mit zu Verhängnis in der DDR, wo er wegen Kosmopolitismus angeklagt wurde.

Es war positiv, daß das individuelle Ansprechen dieser Problematik unter den DemoteilnehmerInnen Nachdenken und Diskussionsbedarf auslöste. Lediglich ein Demonstrationsteilnehmer, der ansonsten mit Emphatie für die tschetschenischen Nationalisten eintrat, empfand allein das Ansprechen des Themas als Zumutung. Praktischer Vorschlag: Organisation einer Diskussion über den Umgang von Rückübertragunsansprüchen jüdischer Erben. Die Verfasser dieser Kritik wären an der Mitarbeit an der Planung einer solchen Veranstaltung interessiert.

Kontakt: Autonome Kommunisten für den Sozialismus gegen Barbarei, c/o Kopierladen M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin

Demonstranten randalierten vor Schönbohms Haus

BM Kleinmachnow, 22. Sept. Zu einem Zwischenfall kam es Sonnabend nachmittag vor dem Haus des Berliner Innensentators Jörg Schönbohm (CDU) in Kleinmachnow (Potsdam-Mittelmark). Eine Gruppe von 50 bis 60 Personen, die laut Polizei der Berliner Hausbesetzerszene zuzurechnen sind, versuchte in die Nähe des Wohnhauses vorzudringen.

Schönbohm, der von einem Waldlauf zurückkam, wurde mit Schmährufen empfangen. Jeder seiner Versuche, mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen, sei von diesen mit Beleidigungen beantwortet worden, so Schönbohm . Laut einem Potsdamer Polizeisprecher ist es zu dem Vorfall im Anschluß an eine friedlich verlaufende Kundgebung mit 100 Teilnehmern gekommen. Zwei Demonstranten wurden nach den Attacken gegen Schönbohm und Polizeibeamte vorläufig festgenommen. Es erfolgte Anzeige wegen Beleidigung.

ACHTUNG - SPITZEL!

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

wir, die Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg - AGIP, müssen euch leider mitteilen, daß sich in unserer Gruppe neun Monate lang ein Spitzel befunden hat.

Zur Person: Kaja Sesterhenn, 20 Jahre alt, häufig schwarz, manchmal im 70er-Jahre-Look gekleidet, schwarz gefärbte, mittelbraune, inzwischen kinnlange Haare, ca 170 cm groß, ruhiger Typ, früher in Spandau gewohnt, dann wegen Schauspielausbildung nach Mitte umgezogen
Zur Geschichte: Sie ist Ende Oktober 1995 auf uns zugekommen, signalisierte Interesse an unserer Gruppe und nach 2 Vorgesprächen „arbeitete" sie bei uns mit. Da sie eher zurückhaltend wirkte, fiel uns nicht auf, daß sie relativ wenig von sich erzählte und sich auch ziemlich selten äußerte, wenn in unserer Gruppe Themen diskutiert wurden. Interesse, an größeren Treffen, Vorbereitungstreffen o.ä. teilzunehmen, wurde von ihr nie geäußert. Sie wurde von uns auch nie für solche Aufgaben delegiert. Sie fiel auch nicht negativ auf, weil sie z.B. übertrieben viel nachgefragt hätte. Durch Zufall flog sie Anfang Juli auf und hat seitdem nichts mehr weitergeben können.

Nach ihren Angaben in Gesprächen mit uns stellt sich die Geschichte für uns folgendermaßen dar:
Im Oktober 1995 hatte Kaja eine Anzeige in der 2. Hand aufgegeben, in der sie einen Kneipenjob suchte. Auf diese Anzeige meldete sich ein Typ namens Reinhard Herzog. Dieser stellte sich als freischaffender Soziologe vor, der eine Studie über die „Gewaltbereitschaft in linken und rechten Gruppierungen" durchführt. Gleichzeitig sei er fest beim Staat angestellt in einer Arbeitsgruppe, die sich mit Rechtsextremen befaßt. Bei einem ersten Treffen beauftragte er Kaja, zu der Antifa-Gruppe ins Baobab zu gehen. Für ihren Einstieg bei uns empfahl er ihr, möglichst nah an der Wahrheit zu bleiben, aber zu behaupten, sie habe gelegentlich mit der Antifa Spandau zu tun gehabt.
Danach fanden nicht ganz regelmäßig einmal im Monat Treffen zwischen Kaja und „Herzog" statt, bei denen jeweils ein neuer Termin ausgemacht wurde. Die Treffen fanden im Restaurant Dinea statt, ein Selbstbedienungsrestaurant gehobener Art am Alex, sie dauerten jeweils 30 - 45 Minuten. Einmal forderte er sie auf, Theaterkarten zu besorgen, woraufhin sie ihn zu einem Konzert, bei dem sie selbst mitspielte, einlud. Bei jedem Treffen bekam Kaja 500,- DM in bar gegen Quittung ausgezahlt.
Dafür fertigte Kaja von jedem Treffen unserer Gruppe, bei dem sie war, ein Gedächtnisprotokoll an und übergab es ihm. Daran entlang stellte „Herzog" dann einige Fragen und machte sich Notizen. Er forderte sie auch auf, zu Bündnis- und Vorbereitungstreffen zu gehen und sich dazu durch die Interim inspirieren zu lassen. Ihren Hinweis, daß sie keine Zeit für weitere Treffen habe, akzeptierte er anscheinend, ohne weiteren Druck auf sie auszuüben.

Zur Person Reinhard Herzog: ca. 40 - 42 Jahre alt, mittelblond, rasiert, Babyface, keine Brille, korpulent, eher lässig mit Jeans, T-Shirt und Lederjacke gekleidet, trat als Vegetarier auf. Zu den Treffen kam er mit einem grauen Mercedes neuerer Bauart mit Düsseldorfer Kennzeichen. Er sei aus Düsseldorf, habe Familie, wohne in Berlin im Hotel, sei freischaffender Soziologe, führe seine Forschungen in staatlichem Auftrag durch. Er habe noch weitere Spitzel, vornehmlich in rechtsradikalen Gruppen, nicht nur in Berlin. Angeblich arbeitet er in Gremien mit, die Verbote rechtsradikaler Gruppierungen vorbereiten, angeblich wg. Gremien zu den „Nationalen" verschob er auch einmal ein mit Kaja vereinbartes Treffen.
Kaja hat nie einen Ausweis oder eine sonstige Legitimation von ihm gesehen. Wir gehen davon aus, daß dieser Herzog vom Verfassungsschutz / Staatsschutz ist.

Unserer Einschätzung nach ist Kaja tatsächlich erschreckend naiv, was unserem Ärger und der Ernsthaftigkeit des Vorfalls keinen Abbruch tut, uns aber zu der Überzeugung bringt, daß die jetzt von ihr berichteten Sachverhalte weitgehend der Wahrheit entsprechen.
Wir gehen davon aus, daß Kaja nicht der einzige Spitzel ist, der so angeworben wurde. Sicher ist, daß es letztes Jahr einen ähnlichen Anwerbeversuch gab, bei dem per Inserat im Zitty Menschen für „Milieustudien im Rahmen eines Buchprojektes" gesucht wurden, die dann aber Stimmungs- und Bewegungsbilder aus Szenekneipen liefern sollten.
Das heißt, daß Konsequenzen nicht nur von uns, sondern auch von anderen offen arbeitenden Gruppen gezogen werden müssen.
Unser Konzept „offene Gruppe" stellen wir derzeit in Frage, weil gerade die Arbeit als offene Gruppe es erfordert, sehr bewußt mit verschiedenen Inhalten umzugehen und sich besonders intensiv um NeueinsteigerInnen zu kümmern. Letzteres haben wir offensichtlich nicht geleistet. Außerdem sehen wir, daß die AGIP für den VS nicht nur als Antifa-Gruppe interessant ist, sondern auch wegen des offenen Konzeptes.
Aber auch ein offenes Konzept bedeutet nicht, daß man es ihnen so leicht machen muß wie wir Kaja. Denn es hat sich wieder einmal herausgestellt, daß wir uns viel zu wenig für Kaja und ihre Lebensumstände interessiert haben. Ihre angeblichen Kontakte zur Spandauer Antifa hätten sich z.B. leicht überprüfen lassen. Bei engerem persönlichem Kontakt wäre es für Kaja immer schwieriger geworden, sich nicht in Widersprüche zu verwickeln. Uns wäre eventuell schneller aufgefallen, wie wenig ausgeprägt ihr Interesse an politischen Inhalten tatsächlich war.
Bemerkenswert an dieser Geschichte ist für uns, daß „Herzog" offensichtlich mehrere Spitzel in Berlin beschäftigt. Abgesehen davon hat sich gezeigt, daß die Methode des VS, sozusagen ins Blaue hinein Leute anzuwerben und in die Szene zu schicken, doch erstaunlich gut funktioniert.

Jeder Mensch hat das recht dumm zu sein, doch manche mißbrauchen dieses Privileg...

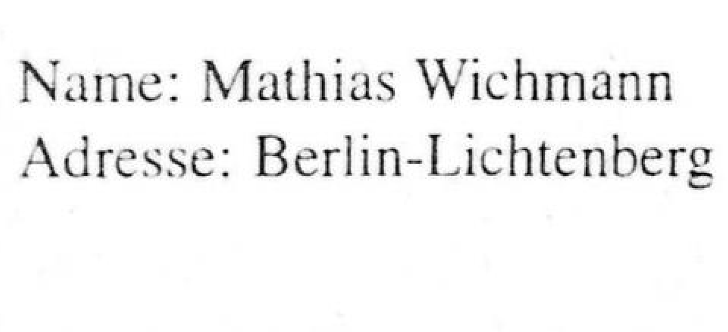
Eure AGIP

Vorsicht NeoNazi!



M.W. ist seit ungefähr 1990 Mitglied der NPD/JN. Zu dieser Zeit wohnte er noch in Berlin-Marzahn. Während er in den ersten Jahren seiner rechten Laufbahn nur innerhalb von Marzahn in Erscheinung trat, scheint es jetzt, daß er sich zu höheren Aufgaben berufen fühlt. So beteiligte er sich im Juli 1995 in einem Schulungszentrum bei Suhlingen in Niedersachsen an einem Seminar der JN (unteres Bild) zu dem Holger Apfel, Bundesvorsitzender der JN geladen hatte (Der Rechte Rand Nr. 36).
Sein nächster öffentlicher Auftritt geschah am 1. Mai 1996 in Berlin-Marzahn als einer der Organisatoren des JN-Aufmarsches. Er fungierte als Fahrer des zum Lautsprecherwagen umgebauten grünen Trabant mit dem Kennzeichen B-HS 9512 (oberes Bild). Weiterhin wurde er bei der 6. Hetendorfer Tagungswoche in der Lüneburger Heide gesichtet. Dort haben sich wie jedes Jahr viele Nazis aus bundesweiten Strukturen getroffen.

Die JN ist die Jugendorganisation der NPD. Sie ist eine der letzten, noch nicht verbotenen.rechtsextremen Parteien. Sie dienen dadurch als Sammelbecken für Nazis jeglicher Coleur, vom militanten Stiefelfaschisten bis zum nationalkonservativen Neurechten.



Name: Mathias Wichmann
Adresse: Berlin-Lichtenberg

UNS REICHTS SCHON LANGE
Faschisten haben Gesichter-
Nazis und ihre Strukturen angreifen
NPD/JN zerschlagen

HUNGERSTREIKERKLÄRUNG DES KOLLEKTIVS DER BASKISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN

ES REICHT! WIR SCHREIEN RAUS, WAS WIR IN UNSEREM INNERSTEN FÜHLEN: ES REICHT!

Wir, das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen, wollen der baskischen Gesellschaft mitteilen, daß wir ab dem 9. September in eine neue Phase des Kampfes eintreten, den wir seit Januar führen. Dafür wird eine Gruppe von uns in den Hungerstreik gehen. Für die harten Folgen, die ab diesem Zeitpunkt eintreten können, sind die Staaten, die unserer Volk unterdrücken, direkt verantwortlich; und mit ihnen all jene, die ohne Skrupel die Augen vor unserem Leiden verschließen oder mit unseren Unterdrückern zusammenarbeiten.
Es sind jetzt mehrere Monate vergangen, seitdem wir den Kampf für eine Verhandlungslösung begonnen haben, seitdem wir uns entschieden haben, solange zu kämpfen, bis wir unsere grundlegenden Rechte durchgesetzt haben. Wir sind seitdem auf jede mögliche Weise angegriffen worden: Isolation, Prügel, Verlegungen, Entwürdigungen...und weiteren Versuchen, die Gefangenen zu unterwerfen und das Kollektiv zu vernichten.

Sie haben aufs neue entschieden, den Weg der Bestrafung der Gefangenen und der Spaltung des Kollektivs einzuschlagen. So verstehen wir ihre Strategie der „Annäherung“[1]. Diese Strategie ist eine Farce. Neben der Spaltung zielen sie darauf ab, der baskischen Gesellschaft gegenüber ihre Hände in Unschuld zu waschen. Sie glauben, so die Mobilisierung der Teile der Gesellschaft, die mit uns solidarisch sind, bremsen zu können und den gesellschaftlichen Druck, der auf den politisch Verantwortlichen liegt, zu verringern. Die „Annäherung“ ist kein Zeichen guten Willens, sondern ein Recht, das uns per Gesetz zusteht - nicht mehr.

Die baskischen politischen Gefangenen sind Teil des Konfliktes, den der spanische und französische Staat dem Baskenland aufzwingen. Die Festnahme von Ortega Lara[2] durch die Organisation ETA sehen wir als Folge dieser Auseinandersetzung an, da sie eine direkte Antwort auf unsere tägliche Unterdrückung ist. ETA hat nach der Festnahme von Ortega Lara ein deutliches Angebot mit dem Ziel der Humanisierung des Konfliktes um die Gefangenen gemacht: wenn die Schließer aufhören, Teil der Unterdrückungsstrategie gegen die Gefangenen zu sein, werden sie auch kein Angriffsziel der Organisation ETA mehr sein. Aber es sieht so aus, daß die spanische Regierung und die Gefängnisbeamten dieses Angebot nicht angenommen haben. Nachdem zu urteilen, was wir täglich von den Schließern gehört und gesehen haben, wollen sie lieber ihren Kollegen Ortega tot sehen, als eine wirkliche Antwort auf die Frage zu geben. Das sind jedenfalls ihre Worte. Sie können sich so als Opfer darstellen, obwohl sie die direkten und brutalsten Agenten der Repression sind.

Wir vergessen nicht, daß die PNV[3] für die Vorbereitung und Durchführung der von Mujica[4] erdachten Strategie der illegalen und brutalen Verstreuung die Haupt-verantwortung trägt. Diese Verantwortung können sie nicht auf Madrid abwälzen. Ihre eigenen Lobesreden, die sie von Anfang an auf die Verstreuung gehalten haben, sind dafür klare Zeugnisse. Auch wenn sie sich heute anders darstellen wollen, bleibt das Verhalten der PNV doch das gleiche: während sie gutwillige Reden halten, schlagen sie gleichzeitig zu. Die Rollen sind

---

[1] Annäherung: die PNV hat vorgeschlagen, zumindest die Gefangenen, die in den spanischen Kolonien inhaftiert sind, in Knäste „näher“ am Baskenland zu verlegen.
[2] Ortega Lara: Schließer, der im Dezember 1995 von ETA entführt wurde.
[3] Partido Nacionalista Vasco: konservative Partei, die die baskische Regionalregierung stellt
[4] Enrique Mujica: ehemaliger Vorsitzender der PSE, baskische Sektion der bis zum März 1996 regierenden sozialdemokratischen PSOE. Im April 1996 von ETA erschossen.

gut verteilt; Atutxa und Ardanza auf der einen und Egibar[5] auf der anderen Seite. Welches Vertrauen sollen wir diesen täglich feilgebotenen, sich widersprechenden Meinungen entgegenbringen? Dazu noch, wenn sie überhaupt keinen Willen und keine Fähigkeiten haben, um die von den Behörden getroffenen, halbgaren Entscheidungen umzusetzen? Nachdem sie sich so oft vor Madrid gebeugt hat und auf Knieen herumgerutscht ist, hat die PNV jetzt Rückenschmerzen. Sie hat deshalb entschieden, eine andere Haltung einzunehmen und mit den Chefs aus Madrid Hand in Hand zu gehen. Wir haben uns nicht gewundert, Galindo, Nieto[6] und all die anderen Faschisten, die ihren Haß auf das Baskenland gezeigt haben, frei zu sehen. Die Feinde des Baskenlandes genießen in Madrid Freundschaft, Unterstützung und Zusammenarbeit... so auch die PNV.

Die Unterdrückung der baskischen politischen Gefangenen wird fortgesetzt. Denn die Interessen des spanischen und französischen Staates, die unser Volk mit Gewalt unter der Besatzung halten, sind diesselben. Heute zeigt sich das mehr denn je. Aber wir wollen nicht vergessen, daß das in der Geschichte immer so gewesen ist. Der französische Staat ist seit seiner Gründung ein Feind des Baskenlandes. Sein Ziel war es immer, unser Land zu vernichten, auch wenn er sich dafür physischer, ideologischer und kultureller Gewalt bedienen mußte. Die Deportationen, Auslieferungen und Abschiebungen, die Knäste, die GAL[7] und der schmutzige Krieg sind keine neuen Methoden. Die Geschichte des Baskenlandes ist voll von solchen Ereignissen. Die 4000 Bewohner von Sara, die deportiert wurden, die baskischen Widerstandskämpfer, die wegen ihres Kampfes gegen den Nazismus ins KZ gesteckt wurden, die direkte Kollaboration mit Franco in der Auslieferung der baskischen Militanten, und mit dem spanischen Staat in der Auslieferung baskischer Militanter an die GAL.
Und in den Äußerungen ihres Innenministers Debré zu seinen Zielen für das Baskenland zeigt die französische Regierung aufs neue ihre antidemokratische Haltung. Sie will den gleichzeitig alten und neuen Weg im Konflikt mit dem Baskenland einschlagen. Dieser Weg, den sie nie verlassen haben, ist der Weg der Gewalt: sie unterdrücken die minimalsten Menschenrechte, sie negieren die Rechte, die uns als Volk zustehen, sie verhindern, daß wir als Basken in unserem Land leben können, sie machen aus dem Nord-Baskenland eine wirtschaftliche Wüste, ruinieren Landwirtschaft und Fischfang, reduzieren das Land auf eine Landschaft,...
Es reicht, sich den konservativen und ausländerfeindlichen Nationalismus des französischen Staates anzuschauen, um die Mißachtung zu verstehen, die dieser den Völkern gegenüber zeigt. Der aktuellste Beweis dafür ist das gewalttätige Verhalten den Migranten gegenüber, die sich aufgrund des neuen Pasqua-Gesetzes[8] in einer sehr schwierigen Situation befinden. Zuerst haben sie die Herkunftsländer dieser Leute ausgebeutet und ins Elend gestürzt, um sie dann Marionettenregierungen zu überlassen. Und als ob das noch nicht genug wäre, entscheiden sie, diese Menschen, die aufgrund der politischen und ökonomischen Lage nach Frankreich kommen mußten, Menschen, die sie ausgebeutet haben, von deren Schweiß und Arbeit sie profitiert haben, wie eine Ware zu behandeln und sie aus dem Land zu werfen.
Ähnlich haben sie sich gegenüber den baskischen Deportierten verhalten, als diese im Kampf für ihre Rechte den Dom von Baiona[9] besetzten. Ohne den geringsten Respekt für die Menschenrechte drangen schwerbewaffnete Polizisten in die Kirche ein und lieferten die Freunde, die dort waren, an die Folterer der spanischen Polizei aus. Ein anderes Beispiel :

---

[5] Atutxa, Ardanza, Egibar: wichtigste Funktionsträger der PNV und der baskischen Regionalregierung
[6] Galindo, Nieto: bereits angeklagte, ehemalige(?) Mitglieder der Todesschwadrone GAL, die Haftverschonung bekommen haben. Galindo ist immer noch Leiter der Antiterrorabteilung des Innenministeriums.
[7] Grupos Antiterroristas de Liberacion: ab 1983 agierende Todesschwadrone, für mindestens 500 Anschläge und 28 Tote verantwortlich. Auftrageber und Financier: Rafael Vera, ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium.
[8] Pasqua-Gesetz: von der französischen Regierung erlassenes Gesetz, daß die sofortige Festnahme und Abschiebung illegaler MigrantInnen vorsieht.
[9] im April 1996 besetzten zehn BaskInnen, die aus Frankreich in verschiedene Staaten der Karibik deportiert und illegal wieder nach Frankreich gekommen waren, den Dom von Bayonne(frz.) im französischen Baskenland. Sie forderten eine Aufenthaltsberechtigung in Frankreich.

ein baskischer Gefangener, der in Frankreich im Hunger- und Durststreik war, wurde [*von der französischen Regierung; Anm.d.Ü.*] an die die spanische Polizei ausgeliefert. Noch ein Beispiel für diesen neuen Schritt ist, daß auch sie die baskischen Militanten, die sie festnehmen, foltern.
Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Verantwortung für diese Entscheidungen, die in Paris getroffen werden, bei einigen Herren hier [*aus dem spanischen Staat; Anm.d.Ü.*] liegt. Damit sie weiterhin hier die Herren bleiben, verhalten sie sich wie die Dienstboten von Paris.
Zum Glück, nicht nur für uns, sondern für die Zukunft des ganzen Baskenlandes, ändert sich einiges im Nordbaskenland, und das wird auch der französischen Regierung bewußt. Auch wenn wir tausende Kilometer weit entfernt sind, sehen und spüren wir die Anstrengung junger und älterer Leute, die am Aufbau des Baskenlandes arbeiten und nicht nur auf die Unterdrückungsmaßnahmen eine Antwort geben.
Vielleicht rührt daher auch die plötzliche Sorge der französischen Regierung, ihr Bemühen, dem Problem Priorität einzuräumen und eine Lösung zu finden. Denn ihr Problem sind nicht nur die baskischen Militanten, sondern der starke Freiheitswille im Baskenland und eine Entscheidung in diese Richtung, und sie will diese Entwicklung des Baskenlandes schwächen und verhindern, nichts anderes.
In diesem Text müssen wir auch die Medien anklagen, die immer wieder dabei sind, die Unterdrückung zu leugnen. Wir meinen diejenigen, die sich aus Mangel an Professionalität, eigener Stimme und Fähigkeitl zu Unterstützern und Agenten der Unterdrückung machen, die uns keine andere Möglichkeit bieten, unsere Erfahrungen und Meinungen auszudrücken. Ihr, die ihr jeden Tag die Zeit berechnet, die der Schließer Ortega Lara in Arrest verbringt, habt ihr irgendwann mal gerechnet, wieviele unserer Freunde, die nach dem Gesetz schon draußen sein müßten, Jahr für Jahr in ein dunkles Loch entführt verbringen? Ihr denkt, daß ihr unantastbar seid, (...)[10]. Ihr seid eine Garantie für unsere Strafen, unverbesserliche Unterstützer derer, die das Baskenland unterdrücken, uns verstreuen und, weit vom Baskenland entfernt, in dunklen Trakten festhalten. Eure Worte schützen die Prügeleien und allgemeinen Strafen, die sich gegen uns richten. Ihr habt eure Professionalität und minimale Menschlichkeit gegen ein Gehalt verkauft, und ihr werft den Schatten der Strafe auf unsere Angehörige und Freunde. Ihr, die ihr in dem, was baskisches Fernsehen sein sollte, arbeitet, ihr seid Kollaborateure der politischen Verfolgung. (...)[11]
Die Gründe, die uns in diese düsteren Trakte gebracht haben, bleiben weiterhin bestehen, und wir werden weiter mit derselben Kraft und der Verantwortung, die wir damals auf uns genommen haben, für die Unabhängigkeit des Baskenlandes kämpfen, egal wo wir sind. Mit der Kraft unseres täglichen Kampfes haben wir schon viele Angriffe und Fallen unserer Feinde überstanden. Ihr braucht nicht daran zu zweifeln, daß es auch weiterhin so sein wird.

Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen

wolkig, 16 Grad

[10] nicht eindeutig zu übersetzen: entweder: „nehmt diese Kritik als Drohung" oder „ihr könnt Kritik immer nur als Drohung verstehen". ETA hat kürzlich eine ähnliche scharfe Kritik an der Presse geübt.
[11] hier folgt eine Kritik an einer Sendung des baskischen Fernsehens

Presseerklärung der Angehörigenorganisation baskischer politischer Gefangener Senideak-Gureak zu ihrem Solidaritätshungerstreik in Berlin

ERKLÄRUNG AN DIE DEUTSCHE PRESSE

21.9.96

Die Mitglieder der Organisation Senideak-Gureak (Angehörigenorganisation der baskischen politischen Gefangenen) geben hiermit der deutschen Öffentlichkeit bekannt:

100 Angehörige und Freunde der baskischen politischen Gefangenen führten vom 16.9. bis zum 21.9.96 in der Heilig-Kreuz-Kirche in Berlin-Kreuzberg einen Solidaritätshungerstreik durch. Ziel dieser Aktion war es, auf die unmenschlichen Haftbedingungen, denen die baskischen politischen Gefangenen in den spanischen Gefängnissen unterworfen sind, hinzuweisen und die Respektierung der Menschenrechte einzufordern.

Wir wollen uns hiermit bei allen Personen, Gruppen und Kollektiven, die uns solidarisch unterstützt haben, herzlich bedanken.

Gleichzeitig kritisieren wir die deutsche Regierung, die mit der spanischen Regierung kollaboriert. Obwohl sie sehr wohl weiß, daß in den spanischen Gefängnissen die Menschenrechte verletzt werden, hat sie den politischen Gefangenen Benjamin Ramos Vega an den spanischen Staat ausgeliefert. Wir klagen die deutsche Regierung dafür an, daß sie auf den spanischen und den französischen Staat keinen Druck ausübt, die Menschenrechte - gemäß ihrer eigenen Verfassung und internationalen Abkommen - einzuhalten.

Wir werden unsere Arbeit weiterführen, bis wir unsere Ziele erreicht haben, d.h. daß allen politischen Gefangenen ihre legitimen Rechte zugestanden werden, sei es im spanischen Staat, in der Türkei oder in jedem anderen Land.

Senideak - Gureak
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega



Erneut Feld mit genverändertem Mais zerstört

BM Schönfeld, 17. Sept.

Ein Versuchsfeld mit gentechnisch verändertem Mais in Schönfeld (Landkreis Barnim) ist von unbekannten Tätern erneut teilweise zerstört worden. Die vom Pflanzenschutzmittelhersteller AgrEvo AG (Berlin) unterhaltenen Maiskulturen waren bereits Mitte August beschädigt worden.

Nach Angaben der Polizei in Eberswalde wurden am Sonntag auf 250 Quadratmeter Fläche die Maispflanzen geknickt und zertreten. Im August war ein Schaden von 150 000 Mark verursacht worden, die Firma beziffert den nun entstandenen Schaden etwa auch auf 150 000 Mark.

Das Feld gehört zu einer 1994 gestarteten Versuchsreihe der AgrEvo AG, einer Tochtergesellschaft der Hoechst AG (Frankfurt/Main) und der Schering AG (Berlin). Es wurde von einem holländischen Unternehmen bepflanzt. Auf dem Feld soll die Resistenz von gentechnisch verändertem Mais gegenüber dem Pflanzengift „Basta" getestet werden. Der Schönfelder Versuch ist Bestandteil des Genehmigungsverfahrens für die amtliche Zulassung der Pflanzen.

Auch in anderen Bundesländern ist es auf Versuchsfeldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen immer wieder zu Zerstörungen gekommen, unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. In Brandenburg war bereits im Juli ein Acker mit genveränderten Kartoffelpflanzen in Golm (Landkreis Potsdam-Mittelmark) verwüstet worden. *dpa*

Auf einer Fläche von 250 Quadratmetern wurden die gentechnisch veränderten Maispflanzen geknickt und zertreten.
Foto: Fromm

Freitag 18. Oktober bis Sonntag 20.Oktober 1996

1. Linke Literaturmesse

in Nürnberg, KOMM, Königstr. 93 (Gegenüber dem Bahnhof).

Freier Eintritt

Öffnungszeiten:
Freitag 18.10.96 von 17.00 bis 20.00 Uhr
Samstag 19.10.96 von 10.00 bis 20.00 Uhr
Sonntag 20.10.96 von 10.00 bis 15.00 Uhr

Über hundert linke Buch- und Zeitschriftenverlage stellen ihr Programm vor. Bei dieser Messe kann jede und jeder nach Herzenslust endlich die Bücher und Zeitungen kaufen, nach denen mensch schon lange sucht.

Veranstaltet vom Archiv und Bibliothek Metroproletan und Buchandlung und Verlag Libresso
Anfragen zur 1.Linken Literaturmesse bitte an LLM c/o Libresso, Peter-Vischer-Straße 25, 90403 Nürnberg, Tel. und Fax 0911/225036

„Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche." Che Guevara

Ausstellungen

Während der Literaturmesse findet im KOMM eine
Verkaufsausstellung mit Bildern kurdischer KünstlerInnen
zugunsten der KünstlerInnen in Kurdistan statt

Vom **11.10.** bis **17.11.96** ist in der Nurnberger Kunsthalle/Norishalle, Lorenzer Str. 32 die
Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" zu sehen. Veranstaltet vom Hamburger Institut für Sozialforschung und KOMM-Bildungsbereich

Ⓐktionstage Ostbarthausen

neue Huttendörfer// Rückblick: ...

Mai blockierten wir noch
stehenden Besitzeinweisung
erfolgte.Alle Zeichen sta
war gestellt.Dem sind wir
gekommen: Die Haupthütte
Weise 200m zur Seite
Dorf zog über Wochen-
neuen Turm+Anbau
unmittelbar vor
So wurde das
die Bauklötze
Autobahn-

2mal die Baustelle,
des Dissener Gelän-
nden auf Räumung,
auf etwas unorthodo
wurde auf "uner-
gebeamt".Das
ende mit
auf einen
dem Auto-
Ge-

.Mitte
wegen der bevor-
des,was am 22.5.
ein Ultimatum
xerweise nach-
klärliche
restl.
einem
Erdhügel
bahnende.
lände für
staunenden
bauer und
Ordnungshüter frei für
die angeb-
lich an-
stehenden
und das Hüt-
immer noch,
räumenden,
Turm.
bolischen
bei denen
feld ver-
und
ken 1,5
gemacht.
sein,u.
Januar
Dörfer,
schen

10.-20.10. hier: Ⓐktionstage

Erdarbeiten,
tendorf gabs
mit schwer zu
unübersehbaren
Außer kleinen,sym-
Erdverschiebungen,
sinnlos ein Korn-
nichtet wurde,
2 kleinen Brük-
Km weiter ist
Das Geld wird
die Waldrodung
ein Jahr zu
eins davon

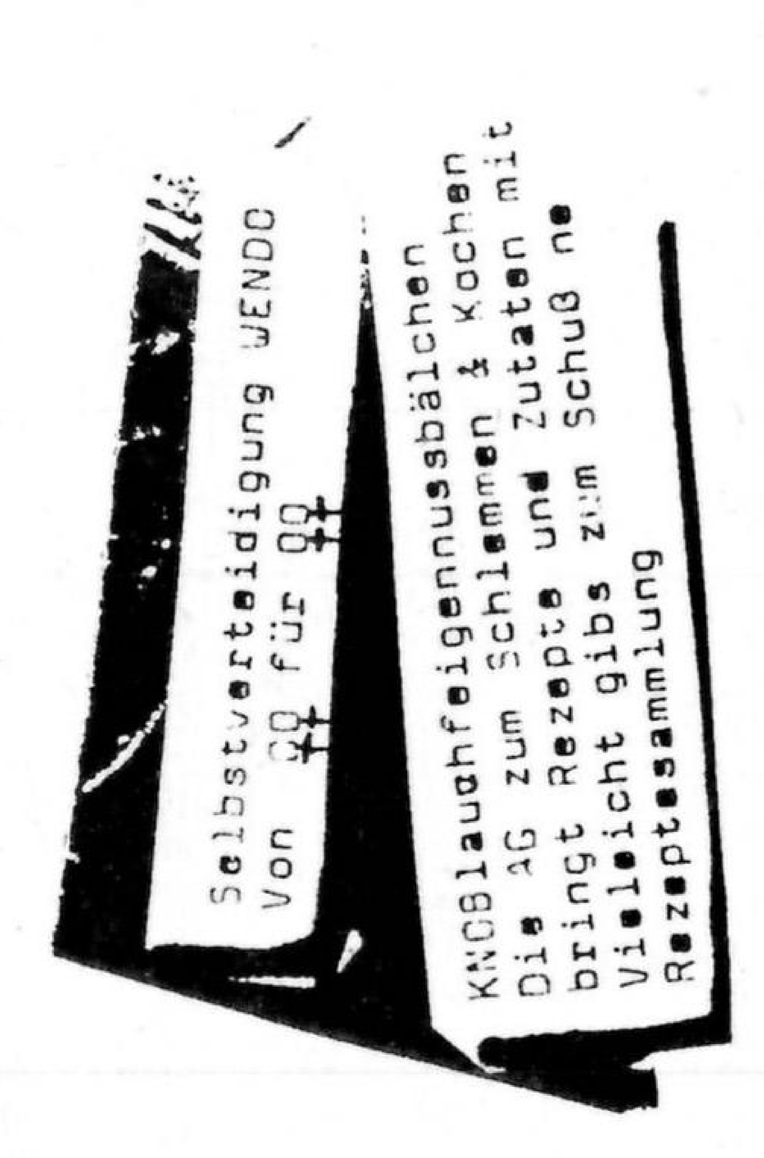
und
früh
am

noch nichts
wohl wieder alle
Hüttendorfräumung im
Dafür gibs jetzt 2 neue
vorläufigen Ende der inzwi
eingeweihten Autobahn.
Statt von der Bildfläch verschwunden,
müßen jetzt alle vor uns abbiegen,
Stau und Hupkonzert inklusive.

Dissen
OS
B68
Borgholzhausen
Bahnhof Westbarthausen
Holzweg
1Km
Bi
Heideweg
B476
Wald
Versmold



Hüttendorf gegen die A33 Heideweg X
33829 Borgholzhausen
Spenden: Ktonr: 6514384
BLZ 48051580 bei Kreisk Halle i.W.



Programm: 10.-20.10.96

Daesauch ßm prakt.&theo. Perspektiven im Kampf gegen
Straßen,Autos u.v.m.gehen soll wollen wir zeigen,
was mensch für Möglichkeiten hat in Stadt ,Land,Fluß
und Wald(auf Bäumen) In schwer erreichbaren Höhen
den Schergen auf der Nase rumzutanzen Bzw Ihnen zu
entwischen. Deshalb wirds u.a.Kletterkurse geben,werden
wir eine Baumhütte bauen und Seilverbindungen, -brücken
knüpfen Tips und Tricks zeigen Fals ihr Seile oder Kletteraus
Kletterausrüstungen habt bitte mitbringen

An Euch - von euch füreuch und uns und andere

Es soll AGs, Referate, ... geben zu Themenwie
Verkehrspolitik - arm/reich und Patriachat
totalverweigerung
Militanzdebatte
Widerstanzformen
ofenbau
Gartenbau
Die Themen sind nur ein bisschen in Vorbereitung.
wir würden uns suuupa freuen wenn ihr mit Info-
Tischen eigenerxr AGee Idee , Film ,austellung
und natürlich meterial und idee für die ange
kündigten Ags kommt

AG verkehrsprojekte doische Einheit
Mobilität - warum? für wen?
DEGES WISSMANN TÜRINGERWALDAUTOBAHN USWUSW

Medien AG
Unsere Erfahrungen mit Spiegel
AutoBILD und vielen Fernsehsendern
Wie können wir Bürgerliche medien nutzen?
Ist das überhaupt sinnvoll?
Eure Erfahrungen .

Spät - aber doch - Auflösungserklärung der Broschürengruppe

WER WIR WAREN?

Im Sommer 1994 haben wir - nach rund einjährigen inhaltlichen und organisatorischen Vorarbeiten - die Broschüre "Triple oppression & bewaffneter Kampf" herausgegeben. Ende des Jahres stellten wir die Hauptthesen auf einer Veranstaltungsreihe vor. 1995 haben wir uns mit zwei Arbeitsgruppen am Autonomiekongreß und an der Debatte um den 8.Mai theoretisch und praktisch beteiligt, sowie eine Veranstaltung auf der Volksuni angeboten.
Während wir uns zunächst an der Kritik an der RAF-Politik zusammengefunden hatten, was ja auch den Hauptinhalt der Broschüre ausmachte, hat sich später unser Schwerpunkt verlagert, so daß wir schließlich bei der "linksleninistischen Postmoderne" angekommen sind.
In unserer Ankündigung zur Arbeitsgruppe auf dem Autonomiekongreß schrieben wir in der uns eigenen Bescheidenheit, dieser Ansatz „sei der Versuch, den seit 70 Jahren nicht gefundenen Ausweg aus dem Labyrinth von verbalkommunistischem (Post)-Stalinismus, verbal-revolutionären Linksradikalismus und neudenkerischen Altreformismus zu finden" (Interim; Nr. 327, 13.4.95).
Nur wenige Wochen später verschwanden wir aus der Öffentlichkeit und schon gab es Gerüchte, daß es uns nicht mehr gäbe.

WARUM WIR UNS AUFLÖSEN

Und in der Tat zeigten sich - teilweise schon kurz vor dem Autonomie-Kongreß -, gravierende inhaltliche Differenzen, die wir bis heute nicht klären konnten. Hinzu kamen politische und persönliche Differenzen über die Umsetzung des von uns postulierten nicht-instrumentellen Umganges, (sowohl miteinander wie auch mit BündnispartnerInnen[1]), die das Vertrauen in die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit beseitigten.
Wir lösen uns jetzt auf und halten es für einen verantwortlichen Umgang dazu etwas zu schreiben.
Über die Gründe, die zur Auflösung führten, haben wir auch jetzt keine einheitliche Meinung. Klar ist aber, daß ein Hauptproblem darin lag, daß wir (die wir uns ursprünglich als ein Bündnis auf Zeit zur Erstellung der Broschüre verstanden haben), nach deren Fertigstellung ohne größere Diskussion andere Wirkungsfelder gesucht und gefunden haben. Wir haben aber weder reflektiert, was wollen und können wir über die Broschüre hinaus zusammenmachen noch überlegt, was brauchen wir dazu. D.h.: welche Art muß dann die Organisierung sein. Wir haben vielmehr einfach weitergemacht, ohne zuvor eine Perspektivdiskusssion oder eine Organisationsdebatte mit einem (gemeinsamen) Ergebnis geführt zu haben.
So zeigte sich schließlich, daß selbst vermeintlich gemeinsame Positionen, die wir bereits in der Broschüre vertreten hatten, vielmehr Dissens waren. Das völlige Scheitern unserer intellektuellen und politischen Ansprüche zeigt sich daran, daß wir auch jetzt, nach über einem Jahr, nicht einmal in der Lage sind, die Gegenstände des Dissenses gemeinsam zu benennen. Uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die drei Auffassungen darüber, woran die Broschürengruppe gescheitert ist, nebeneinander zu stellen - auch wenn es den LeserInnen vielleicht schwerfällt, nachzuvollziehen, daß sich die Stellungnahmen auf ein und dieselbe Gruppe beziehen.

Position 1:

Erklärtes Ziel der Gruppe war neben und mit der Herausgabe der Broschüre, die Herausbildung einer neuen, die Veränderungen der letzten Jahre entsprechenden revolutionären Theorie.
Neben einigen, durchaus traditionell vorhandenen Eckpunkten bildete die Triple-Oppression die Grundlage der Diskussion in der Gruppe:

- Abschaffung der ökonomischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen,

---

[1] Diese Differenzen brachen zuletzt anläßlich eines, von einem von uns verfaßten Artikels in der Zeitschrift *links* auf. Der Artikel schmückt sich zu einem Drittel seiner Länge (ohne Nennung der Verfasserin) mit wörtlich abgeschriebenen Überlegungen aus einem Text, den uns eine Frau, die nicht zur Broschürengruppe gehört, zur Veröffentlichung in unserem Reader zum Autonomie-Kongreß zur Verfügung gestellt hat. Außerdem stellt der Text theoretische Ansätze als Positionen der Broschürengruppe dar, von denen mittlerweile bekannt war, daß sie gruppenintern umstritten sind.

- Beseitigung der Unterdrückung der Frauen (Patriarchat).
- Bekämpfung des Rassismus als ideologisches Herrschaftsinstrumentarium sowie auch als Sicherung des eigenen Vorteils von Proleten der einen Nation gegenüber und auf Kosten von Proleten anderer Nationen.

Sehr wichtig ist die Feststellung, daß die Widersprüche durchaus in einer Wechselbeziehung zueinander stehen, aber trotzdem eigenständig sind. Mit der Lösung des einen verschwindet nicht automatisch der andere Widerspruch. Daraus resultiert die Notwendigkeit der grundsätzlichen, d.h. revolutionären, Veränderung.
Die Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse wird nicht durch friedliches Hinüberwachsen und Willenserklärungen erreicht.
Auch die brillantesten und theoretisch exakt durchdachten und formulierten Programme und Erklärungen sind nicht umzusetzen, wenn sie sich nicht auf eine Kraft stützen, die auf Grund ihrer Interessenlage, und der organisatorisch zu entwickelnden Kampfkraft die Voraussetzung zur Umwälzung mitbringt.

- Die Ablehnung der Orientierung auf eine solide Massenbasis,
- Die Negierung der Interessen und der Differenzierung nach objektiven und subjektiven Interessen der jeweils zu betrachtenden Klassen,
- und die fehlende Bereitschaft, an der Bewußtseinsbildung gerade, der am stärksten ausgebeuteten und unterdrückten Gruppen und Klassen aktiv zu arbeiten.

machte eine weitere produktive Zusammenarbeit zur Herausbildung einer neuen revolutionären Praxis schwer bzw. unmöglich.
Die Ablehnung der Existenz von objektiven Interessen der Klassen und damit der zur jeweiligen Klasse gehörenden Individuen und die Benennung der vom Einzelnen artikulierten Interessen als die eben Existierenden macht eine Bewußtseinsbildung auch nicht relevant.
Menschen,

- die ihre Stellung innerhalb der herrschenden Produktionsverhältnisse (PV) nicht erkennen,
- die ihre Rolle im Verhältnis der Geschlechter nicht sehen,
- die nicht begreifen, daß Rassismus eine der Grundlagen für die Herausbildung menschenverachtender, nationalistischer ja faschistischer Herrschaftssysteme ist,

sind auch nicht in der Lage, ein Bewußtsein zu entwickeln, daß die radikale Veränderung der bestehenden Verhältnisse als absolut notwendig erkennt.

Position 2:

"Sprecht weniger von der 'Steigerung der Aktivität der Arbeitermasse'" (Lenin, Werke, Bd. 5, S. 430)

Allein schon aufgrund der geringen Größe unserer Gruppe (und damit der geringen Breite unserer thematischen Kompetenz), stellte sich für uns zu keinem Zeitpunkt die Frage, unmittelbar mit dem Aufbau einer "soliden Massenbasis" revolutionärer Politik zu beginnen.
Aber auch theoretisch waren die dazu jetzt von Position 1 formulierten Vorstellungen umstritten: Bereits bevor die jetzt deutlich gewordenen gruppeninternen Differenzen aufbrachen, hatten wir uns sowohl in unserer Broschüre als auch in unseren Beiträgen zur 8. Mai-Diskussion *dagegen* ausgesprochen, gesellschaftlichen Gruppen (bspw. dem Proletariat) ein "objektives" Interesse (bspw. an der Abschaffung des Kapitalismus) - oder gleich dem ganzen "deutschen Volk" am Antifaschismus - *zu unterstellen*, das sie real gar nicht äußern. Diese Differenzen ließen sich jetzt auch im Nachhinein nicht überbrücken.
Ich möchte an dieser Stelle zwei einfache Fragen wiederholen, auf die ich in unseren Diskussionen in den letzten Monaten keine Antwort bekommen habe:
1. Was nützt es uns für unser Verständnis der bestehenden Verhältnisse (bzw. inwiefern bringt es uns *analytisch* weiter), die Existenz "objektiver" Interessen zu unterstellen, die real = objektiv nicht geäußert werden? Und
2.: Inwiefern bringt uns diese Unterstellung in unserem *politischen* Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse weiter?

Meines Erachtens bringt uns diese Unterstellung unter beiden Gesichtspunkten nicht voran. Das Ausspielen der real geäußerten - "subjektiv" genannten - Interessen der BRD-"Proleten" (im günstigsten Fall an bloß systemimmanenten Reformen, im ungünstigsten Fall an Rassismus, Sexismus und Imperialismus) gegen ihr vermeintlich objektives Interesse an der Abschaffung der bestehenden Verhältnisse **verdeckt die schwierige Aufgabe vor der RevolutionärInnen stehen: nämlich in der Tat eine sogenannte "solide Massenbasis" zu gewinnen.**
Für Position 1 ist dieses Problem eigentlich kein Problem, dann Position 1 hat bereits die Lösung in der Tasche: "Bewußtseinsbildung" - die Unterdrückten müssen sich ihrer Lage "bewußt" werden, dann werden sie den Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse aufnehmen. Die Aufgabe von RevolutionärInnen besteht dann einfach darin, den "Menschen"
-- "ihre Stellung innerhalb der Produktionsverhältnisse", die sie "nicht erkennen", *erkennbar* zu machen
-- "ihre Rolle im Verhältnis der Geschlechter", die sie "nicht sehen", *sichtbar* zu machen
-- die Bedeutung des Rassismus für ein faschistisches Herrschaftssystem, die sie "nicht begreifen", *begreiflich* zu machen.
Da sage noch eineR die MarxistInnen (die Linken) würden die Bedeutung des "Bewußtseins" unterschätzten...! Nein, das Problem ist nicht die Unterschätzung der Bedeutung des Bewußtseins, sondern umgekehrt: Daß Problem ist, daß die politische Praxis in diesem Modell im wesentlichen auf "Bewußtseinsbildung" reduziert wird, auf (auch wenn das Wort in dem Text von Position 1 nicht auftaucht): Aufklärung. Die Unterdrückten müssen über ihre/die tatsächliche Lage 'aufgeklärt' werden; das was sie nicht sehen, muß sichtbar; das was sie nicht erkennen, erkennbar; das, was sie nicht begreifen, begreiflich gemacht werden.
Damit sind wir nach drei Jahren wieder da angekommen, wo wir 1993 unsere Diskussionen und unsere Kritik an der RAF begonnen hatten. Denn die Aktionen der RAF zielten erklärtermaßen nicht auf eine Veränderung des materiellen Kräfteverhältnisses, sondern "auf die Herstellung von antiimperialistischem Bewußtsein" (RAF, *Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, Nov. 1972). - Entsprechend zielten auch die anders gearteten Aktionen der Spontis und der K-Gruppen nur allzu häufig die "Herstellung" des ihnen genehmen "Bewußtseins".
Ich denke, daß in dem Streit der Linken, darüber, was die geeigneten Mittel (Bomben, Happenings oder Arbeiterzeitungen?) zur 'Aufklärung' oder "Bewußtseinsbildung" sind, *bereits die Frage falsch gestellt war/ist.*
Ich denke, die meisten *wissen* (wenn auch nicht auf einen theoretischen Begriff gebracht) um ihre Stellung in den rassistischen, sexistischen und klassistischen gesellschaftlichen Verhältnissen (und die Vor- und Nachteile, die sie daraus erlangen). Teils sehen sie mehr Vor- als Nachteile auf ihrer Seite; teils können sie sich nur nicht vorstellen, wie 'bessere' gesellschaftliche Verhältnisse organisiert und durchgesetzt werden können.
Damit sind wir auf einem anderen Terrain: Wir sind nicht mehr auf dem Terrain der Philosophie und der Psychologie (des Bewußtseins und der Bewußtwerdung), sondern auf dem der politischen Kämpfe.
Die KommunistInnen unterscheiden sich von den ausgebeuteten und unterdrückten Massen *nicht* dadurch, das jene (im Gegensatz zu diesen selbst) um die "objektiven" Interessen dieser Massen *wissen*, sondern dadurch, daß sie dort, wo die gesellschaftlichen Widersprüche aufbrechen, in den politischen Kämpfen, organisierend, weitertreibend eingreifen.
Um es mit einigen, etwas altertümlichen Worten des (in dieser Frage sicherlich zweideutigen) *Kommunistischen Manifestes* zu sagen: "Die Kommunisten [...] stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. [... Sie sind] *praktisch* der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; [...]." (meine Hervorh.).
Auch Lenin wußte im Gegensatz zu seinen meisten AnhängerInnen sehr genau, daß es für die Revolution nichts bringt, "der 'schwieligen Faust' der Masse [zu] schmeicheln"; daß die Politik durchaus nicht "immer gehorsam der Wirtschaft", dem "objektiven [...] Element der Entwicklung" folgt; daß die ArbeiterInnenklasse nicht an sich, objektiv, eigentlich, wesenhaft, "aus eigener Kraft" - wie Lenin sagte - revolutionär ist; daß die KommunistInnen nicht die "Aufmerksamkeit [...] der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber" richten sollen; daß sie statt "im allgemei-

nen [...] Sinne des Wortes" einfach nur an die ArbeiterInnenklasse zu "appellieren", in die "konkreten und [...] brennenden (aktuellen) politischen" Konflikte eingreifen und auf "*alle* und *jegliche* Fälle von Willkür und Unterdrückung" reagieren sollen (LW 5, 478, 391, 384, 426, 428, 426 - Hervorh. i.O.).
Was bringt *uns, heute* dieser Hinweis auf Lenin? Die Schlachten gegen Proletkult und Ökonomismus sind längst geschlagen und mit dem Scheitern der K-Gruppen der 70er Jahre von den KritikerInnen des Ökonomismus auch praktisch gewonnen worden. Und selbst die Position 1 in unserer, sich auflösenden Gruppe will nicht mehr ausschließlich an die ArbeiterInnenklasse "appellieren" (Lenin), sondern gleich "an der Bewußtseinsbildung" aller am "stärksten ausgebeuteten und unterdrückten *Gruppen und* Klassen [...] arbeiten" (meine Hervorh.).
Auch wenn die exklusive ArbeiterInnenklassen-Orientierung längst ins Wanken geraten ist - die Konzeption der "objektiven" Interessen wurde doch von vielen beibehalten - auch und gerade von den schärfsten KritikerInnen (einer exklusiven oder auch jeglicher) ArbeiterInnenklassen-Orientierung: Die "objektiv" revolutionärsten Interessen wurden dann nicht mehr beim Proletariat, sondern - wahlweise - bei *den* Frauen, *den* Flüchtlingen, *den* schwarzen Frauen etc. verortet.
Aber genauso wenig wie im Fall der ArbeiterInnenklasse hinsichtlich des Kapitalismus gibt es Anlaß, darauf zu vertrauen, daß die Frauen bzw. die People of Colour *an sich* oder "objektiv" das Interesse (das Wesen) haben, den Kapitalismus, das Patriarchat oder den Rassismus zu stürzen; daß es ausreichen würde, bloß daran zu arbeiten, daß ihnen dieses "objektive" Interesse auch "bewußt" wird.
Von postmodernen Theoretikerinnen sind derartige essentialistische (von Essenz = Wesen) Vorstellungen, die gesellschaftlichen Gruppen jeweils ein bestimmtes "objektives" Interesse (Wesen) zuschreiben, einer neuerlichen, eingehenden Kritik unterzogen worden. Diese heutige Kritik insbesondere an essentialistischen Geschlechter-Auffassungen (an essentialistischen Auffassungen von Männlichkeit und Weiblichkeit) ist sicherlich theoretisch ambitionierter und konsequenter ausgeführt als Lenins Kritik am Klassen-Essentialismus. Trotzdem waren (sind) jene heutigen Kritiken am Essentialismus für uns (mich) eine Anregung, in einer unserer Arbeitsgruppe auf dem Autonomie-Kongreß einen Bogen von Lenin zur Postmoderne zu schlagen.
"Linksleninistische Postmoderne" nannten wir das.
Durch diesen Versuch, unsere eigene Position positiv (nicht mehr nur in Abgrenzung bspw. zu Positionen der RAF oder Positionen, die im Rahmen der 8. Mai-Debatte vertreten wurden) zu formulieren, wurden schließlich verschiedene inhaltliche Differenzen deutlich, die bis dahin von unserer scheinbar übereinstimmenden Kritik an der RAF verdeckt wurden. Einer dieser Streitpunkte war die vorstehend diskutierte Frage der Entgegensetzung sog. objektiver und subjektiver Interessen.
Ein anderer Diskussionspunkt war unsere Kritik an der raf'schen Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft. Auch hier zeigte sich im Laufe unseres Versuchs, unsere gemeinsame Position positiv zu bestimmen, daß diese Kritik nicht nur die RAF betrifft. Die Kritik betrifft vielmehr auch bestimmte Lesarten des Marxismus, die den Staat als bloßes, außerhalb der Gesellschaft stehendes "Instrument" der herrschenden Klasse auffassen. Position 1 spricht diesen Streitpunkt in ihrer Stellungnahme nicht direkt an. Aber der Hinweis, daß die "Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse [...] nicht durch friedliches Hinüberwachsen [...] erreicht" werden kann, spielt auf diese Differenz an. Denn für Position 1 scheint die Kritik an der Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft, die Aufgabe des Kampfes für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse (zugunsten von bloßen Reformprojekten) zu bedeuten. Tatsächlich zielt dies Kritik aber darauf, daß der bestehende Staatsapparat kein bloßes "Instrument" (der einen oder anderen herrschenden Klasse), sondern selbst von den gesellschaftlichen Widersprüchen strukturiert ist. Es *reicht* deshalb für RevolutionärInnen *nicht aus* (es ist zu *wenig!*), nur die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern zu wollen, aber den bestehenden Staatsapparat zu übernehmen statt zerschlagen zu wollen. Wenn Position 1 in der Kritik der Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft eine Billigung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse sieht, dann zeigt dies nur ihr eigenes Akzeptieren des bestehenden Staatsapparates; sie befürchtet, daß ihr Akzeptieren des bestehenden Staatsapparates auch auf die vermeintlich vom Staat *abgetrennten* gesellschaftlichen

Verhältnisse erstreckt wird. Tatsächlich es ist aber umgekehrt: **Nach meiner Auffassung muß die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates *einschließen*!**
Die dritte und letzte Differenz, die hier noch kurz angesprochen werden soll, betrifft die Frage, wie ernst wir es mit unserem Bezug auf die *triple oppression*-Theorie meinen. **Position 1 bezieht die Begriffe "ökonomische Ausbeutung" und "Produktionsverhältnisse" nur auf die Klassenverhältnisse, nicht aber auf das Geschlechterverhältnis und den Rassismus. Ich bin demggü. der Auffassung, daß nicht nur die Klassenverhältnisse, sondern auch die Verhältnisse zwischen den sozial konstruierten Rassen und Geschlechtern die Produktionsverhältnisse bzw. die materielle Basis strukturieren.**
Unsere Unfähigkeit, diese und andere politische Differenzen zu klären, war m.E. - neben den Differenzen hinsichtlich des politischen und persönlichen Umgangs - die wesentliche Ursache des Scheiterns der Broschürengruppe. **Ohne eine Klärung dieser Differenzen hätte auch die von Position 3 geforderte - vermehrte Hartnäckigkeit** ([fragwürdige!] Vorschläge nicht so "schnell wieder verwerfen") **und die Öffnung der Gruppe für neue Mitglieder unsere Probleme nicht gelöst, sondern vervielfacht. Um so mehr Differenzen wären zunächst übergangen worden und schließlich unklärbar eskaliert.**

Position 3:
Ich sehe die Hauptursache für das Auseinandergehen nicht in inhaltlichen sondern in strukturellen Problemen. Weil wir die nicht lösen konnten, sind uns die inhaltlichen Fragen immer wieder auf die Füße gefallen.
Ursprünglich als Bündnis auf Zeit zur Erstellung der Broschüre gegründet, haben wir ohne größeren Diskussionen nach Fertigstellen der Broschüre andere Wirkungsfelder gesucht und gefunden. Ich denke hier lag das Hauptproblem:
Wir hatten bis auf wenige Sachen, wo uns von Außen auch Zwänge vorgegeben waren (8.Mai) oft Diskussionen und politische Interventionen angefangen, ohne zu wissen, was wollen wir damit und wie gehen wir konkret vor.
Mehrere programmatische Grundsätze und Einladungen wurden verfaßt und schnell wieder verworfen.
So war es auch nicht verwunderlich, daß die nichtdiskutierten Inhalte sich weder annäherten noch miteinander konfrontierten, sondern unausgesprochen nebeneinander stehen blieben.
Das scheinbar unentwirrbare Knäuel von mit einer Öffnung der Gruppe verbundenen Problemen (gemischte Gruppe aus einer Gruppe von Männern, Verbindlichkeit, Umgang mit unserem Wissensvorsprung, auf die Gruppe bezogen usw.) konnten wir ebenfalls nicht auflösen. So führten die ungelösten theoretischen und strukturellen Probleme zu dem Zustand der Agonie, der jetzt mit der Gruppenauflösung ihr Ende findet.
Zu den inhaltlichen Fragen: Auch ich lehne eine Politik im Sinne der K-Gruppen ab, wie sie in modifizierter Form bei der Position 1 durchscheint. Ich fand unsere Selbstdarstellung in der Broschüre wichtig, wo wir uns als Kommunisten vorstellen, die vom Triple-Oppression-Ansatz ausgehen. Die theoretische und praktische Herausforderung der Relektüre der Schriften Althussers, die Verbindung eines mit der Brille Althussers gefilterten Marxismus mit Ideologieelementen der Postmoderne scheinen mir eine sehr fruchtbare theoretische Neuerung, zu deren genauerer Diskussion und praktischer Umsetzung wir aber nicht mehr gemeinsam kamen.

Resümee
Wir haben Vorschläge gemacht, Ihr habt sie nicht angenommen. Warum solltet Ihr auch?

Bert Brecht frei nach Heiner Müller

Die zweite Auflage der Broschüre Triple oppression & bewaffneter Kampf ist noch für 10 DM zu beziehen. Da es die Broschürengruppe nicht mehr gibt, jetzt Bestellungen an: M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin Stichwort: Triple oppression & bewaffneter Kampf-Versandservice

Berlin , den 10.07.96

'Modell Lübeck':

Safwan Eid vor Gericht

Wie im nationalen Interesse Opfer zu Tätern gemacht werden

Am heutigen 16. September beginnt vor dem Lübecker Landgericht die Hauptverhandlung gegen Safwan Eid, der mit seiner Familie in der Nacht des 18. Januars selbst zum Opfer des rassistischen Brandanschlages in Lübeck wurde. Daß Safwan Eid jetzt vor Gericht steht, ist das Ergebnis monatelanger rassistischer Ermittlungskonstrukte, die von Anfang an nur einem Ziel dienten: Auf jeden Fall zu verhindern, daß deutsche Täter für diesen Anschlag verantwortlich gemacht werden. Dies können und wollen die Deutschen, die sich selber zur deutschen Nation imaginieren, auf keinen Fall mehr hinnehmen. Das 'Bild der Deutschen' drohte durch den Brandanschlag in Lübeck erneut Schaden im Ausland zu nehmen und das Bemühen um 'Normalität' zu gefährden.

Denn als sich die Meldung der brennenden Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße mit zehn Toten und 38 z.T. schwer Verletzten verbreitet, wird in der ausländischen Öffentlichkeit davon ausgegangen, daß es sich um einen rassistischen Anschlag handelte und die Täter im Naziumfeld zu suchen seien (*"Rassismus in Deutschland"*, *"'Nazi' attack kills 10 in Germany"*, *"Deutschlands Ruf steht auf dem Spiel"*). Zu deutlich markiert die schier endlos lange rassistische und antisemitische Gewaltspur des 'völkischen Erwachens' den deutschen Weg seit der Wiedervereinigung. Diese Tatsache konnten in der ersten einsetzenden Bestürzung nach dem Anschlag selbst inländische Medien und Funktionsträger zunächst nicht beiseite schieben, wenn sich deren Betroffenheit auch vorangig darin erging, daß jetzt wieder 'alle Welt die Deutschen an den Pranger stellt'.

Und erste Spuren verweisen dann auch eindeutig in die Richtung deutscher Täterschaft. Schon wenige Stunden nach dem Anschlag werden drei deutsche Männer aus Grevesmühlen festgenommen. Auf einer Pressekonferenz erklären die ermittelnden Staatsanwälte, daß die *"polizeibekannten"* Männer (einer, der 17jährige Maik W. saß zwei Monate wegen Hakenkreuz-Schmierereien in Untersuchungshaft) wegen des *"Anfangsverdachts des schweren Mordes und der Brandstiftung"* als Beschuldigte vernommen werden. Angesichts der allgemein üblichen 'Zurückhaltung' deutscher Behörden bezüglich Ermittlungen und Verhaftungen gegenüber Tatverdächtigen aus dem Nazi-Milieu mußte das schnelle Eingreifen in diesem Fall geradezu überraschen.

Denn in diesem Land gehört es mittlerweile zum Standard, daß bei den zahllosen Bränden in Flüchtlingsunterkünften oder von ImmigrantInnen bewohnten Häusern von vornherein technische Defekte oder Eigenverschulden unterstellt werden. Bei diesem Vorgehen gibt es in Deutschland seit dem rassistischen Brandanschlag in Solingen 1993 eine sich zunehmend verfestigende Systematik. So wurden entweder Brandopfer selber, wie nach dem Brandanschlag in Hattingen 1993 Yasar Ü.; die sich mit ihren fünf Kindern im brennenden Hause befand, vor Gericht gestellt oder es wurde, wie nach dem Brandanschlag in Stuttgart 1994, bei dem es sieben Tote gab, behauptet, daß ein "technischer Defekt" die Ursache war. Erst, nachdem ein deutscher Täter in anderem Zusammenhang auch diese Tat eingestand, blieb den Behörden nichts anderes übrig, als den Mann wegen des Brandanschlages vor Gericht zu stellen.

Die diesmalig schnelle Präsentation der Tatverdächtigen aus dem völkischen Lager spricht dafür, daß die Verdachtsmomente gegen die drei Deutschen von Anfang an so erdrückend waren, daß die deutschen Behörden gar nicht anders konnten, als zuzugreifen: *Sie liefen ihnen quasi in die Arme*. Auch die ermittelnden Staatsanwälte und der größte Teil der deutschen Öffentlichkeit konnten sich zunächst nicht daran vorbeilügen, daß die polizeilich bestätigte Anwesenheit der drei Männer nachts am Tatort sowie deren eindeutige Kontakte zur Nazi-Szene (Maik W. genießt in Grevesmühlen den Ruf als "Klein-Adolf") eindeutig auf die Täterschaft der festgenommenen Deutschen verwies.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Aber schon einen Tag nach dem Anschlag kehrt die deutsche Normalität wieder ein. Bereits in der Nacht vom 18. auf den 19.1.96 hatte die Staatsanwaltschaft festgelegt: Die Grevesmühlener dürfen es nicht gewesen sein. Nennenswerte Ermittlungen gegen diese wurden seitdem nicht mehr geführt. Die vier Männer (ein vierter war am Abend des 18.1. festgenommen worden) werden am 19.1. vormittags entlassen. Die Staatsanwaltschaft nennt das Ergebnis ihrer sogenannten Ermittlungen *"objektive Beweiserhebungen"* und behauptet, daß ein Tatverdacht gegen die vier Männer nicht mehr besteht. Sie ignoriert und verschweigt zwingende Tathinweise wie die gerichtsmedizinisch festgestellten *"frischen"* Verbrennungsspuren im Bereich des Kopfhaares und der Augenbrauen bei drei der Verdächtigen und entwickelt zu Gunsten der Grevesmühlener ein Alibi, obwohl weder damals noch heute der genaue Zeitpunkt des Brandausbruchs festgestellt worden ist. Ein Alibi hat es tatsächlich nie gegeben.

Die absolute Fragwürdigkeit dieses Vorgangs kann keinesfalls juristisch, sondern nur politisch erklärt werden. Der Wunsch, den Brand in Lübeck nicht wieder deutschen Tätern zuschreiben zu müssen, wuchs, je mehr sich abzeichnete, daß das zuletzt mit den Feiern zum 8. Mai 1995 propagierte Bild des geläuterten Deutschlands erneut in Frage gestellt wurde. Angesichts des anstehenden ersten Auschwitz-Gedenktages (der zum Zeitpunkt des Anschlages mit viel öffentlichem Tam-Tam präsentierten Roman-Herzog-Initiative als deutscher Lehre aus der Geschichte) sowie des bevorstehenden Besuches des israelischen Präsidenten Weizman wurde eine weltweit bestätigte deutsche Täterschaft als Störung auf dem weiteren Weg der Geschichtseinebnung und behaupteten 'Normalität' empfunden.

Verhältnismäßig belanglos für den Vorgang ist dabei, ob die nationale Schere in den Köpfen die Lübecker Staatsanwaltschaft quasi von selbst dazu brachte oder ob 'von oben' Rückendeckung versprochen oder gar entsprechende Anweisungen gegeben wurde. Jedenfalls folgte den Freilassungen und der Verkündung der Staatsanwaltschaft, daß *"wir zur Zeit nicht mehr von einem Brandanschlag (reden)"* die kollektive Erleichterung, daß es wohl doch 'keiner von uns' war und es begann in der Öffentlichkeit verstärkt die Suche nach *"technischen Defekten"*.

Aber dabei sollte es nicht bleiben. Für die Entlastung des deutschen Kollektivs von irgendeiner Verantwortung für Ausmaß und Ursache des Lübecker Brandanschlages kam es noch besser. Denn schon am Sonnabend gab die Staatsanwaltschaft die Verhaftung von Safwan Eid bekannt, der bereits am Freitag abend in aller Stille unter dem Vorwurf der Brandlegung und des zehnfachen Mordes festgenommen worden war. Die sogenannten Beweise: Die urplötzliche Aussage eines Rettungssanitäters über ein angebliches *"Geständnis"* Safwan Eids ihm gegenüber sowie von der Staatsanwaltschaft erfundenes *"Täterwissen"*, welches Safwan Eid über den angeblichen Tatort im ersten Stock des Hauses gehabt haben soll. Darüberhinaus drohte die Staatsanwaltschaft an, daß dies immer noch nicht alles gewesen sei, denn *"wir gehen davon aus, daß er es nicht allein war"*. In der Folge versuchten die ermittelnden Behörden dann auch mit der Verbreitung von Gerüchten (über ein angebliches Eifersuchtsdrama), rassistisch motivierten Motivspekulationen (wie angebliche ethnische Konflikte der BewohnerInnen untereinander) und mit z.T. äußerst schikanösen Vernehmungen der anderen den Anschlag überlebenden Flüchtlinge, ihre Version der Dinge zu festigen. Als Absicht kann unterstellt werden, daß der Eindruck vermittelt werden sollte, auch die sonstigen BewohnerInnen seien der Brandlegung verdächtig. Mit diesem Vorgang wurden die Flüchtlinge ein zweites Mal zum Opfer. Sie wurden nach dem Brandanschlag nun die Opfer rassistisch motivierter Ermittlungskonstrukte im Interesse der Entlastung der Nation vor der internationalen Öffentlichkeit.

Und dieser Vorgang wurde durch eine deutsche Öffentlichkeit unterstützt und befördert, die nichts sehnlicher wünschte und herbeiredete als genau diese Entlastung. In diesem Prozeß verwandelte sich die Nation, die anfänglich durch verschieden motivierte Bestürzung gekennzeichnet war, innerhalb weniger Tage zur anklagenden Opfergemeinschaft: Spießerärsche, FAZ, Spiegel, NDR und sogenannte Liberale wie die TAZ fanden sich in dem Vorwurf zusammen, warum *"immer wir Deutsche es gewesen sein (sollen)!... Wer entschuldigt sich jetzt bei den Deutschen?"* Und alle diejenigen, die Deutschland und die Deutschen nicht von Anfang an freisprechen wollten, wurden der *"rhetorischen Exzesse"* (FAZ) bezichtigt oder wie im Spiegel als unnötig empört denunziert, was wohl an dem *"tiefsitzenden Schuldkomplex"* liegen muß, *"der die Deutschen zwanghaft zu vorauseilenden Selbstbezichtigungen treibt"*. Und auch auf Entschuldigungen mußte

nicht lange gewartet werden. Schon eine Woche nach dem Anschlag entschuldigten sich NDR, TAZ und andere, die es anfangs noch gewagt hatten, die vier festgenommenen deutschen Männer als Täter nicht auszuschließen, bei den dadurch so gemein heimgesuchten und verleumdeten Grevesmühlener BürgerInnen für all ihr erlittenes Unrecht.

Was die Nation jetzt einte, war ein letztlich bedingungsloser Glaube dieser höchst offiziell präsentierten Lesart der Ereignisse. Zu verlockend war die Version des Opfers als Täter für die eigene oder die nationale Befindlichkeit, bot sie doch zum einen die lückenlose Freisprechung des deutschen Kollektivs von jeglicher Verantwortung. Zum anderen schuf sie die Möglichkeit, den Spieß umzudrehen: anklagend gegen alle diejenigen im In- und Ausland aufzutreten, die mit angeblich völlig haltlosen Beschuldigungen den guten Ruf Deutschlands und seiner Deutschen beschmutzt hatten.

Haftbefehl gegen Safwan Eid aufgehoben - Dumm gelaufen! Oder doch nicht?

Es gelang den ermittelnden Behörden in der Folge trotz aller Bemühungen nicht, ihr Tatkonstrukt glaubhafter zu machen. Im Gegenteil: Im Verlaufe der letzten Monate wurde ihre Version der Ereignisse zunehmend widerlegt, so daß der Staatsanwaltschaft heute eigentlich nur noch die zweifelhafte Aussage jenes zum Kronzeugen avancierten dubiosen Rettungssanitäters bleibt. Auf wie dürftigen Füßen das Anklagekonstrukt steht, zeigte sich nicht zuletzt daran, daß der Haftbefehl gegen Safwan Eid am 2. Juli vom zuständigen Jugendgericht aufgehoben wurde. Selbst dieses deutsche Gericht konnte keinen *"dringenden Tatverdacht"* mehr erkennen, da *"ein plausibles Motiv des Angeschuldigten für die ihm vorgeworfene Tat nicht ersichtlich"* sei. Sämtliche Versuche der Staatsanwaltschaft, ein solches angeblich *"plausibles Motiv"* zusammenzuzimmern, waren hiermit offensichtlich gescheitert.

Für die Staatsanwaltschaft war die Entwicklung seit der Aufhebung des Haftbefehls jedoch kein Grund, aufzugeben. Sie hielt an ihrem Konstrukt fest (es bleibt für sie ein *"hinreichender Tatverdacht"*) und so wird die Hauptverhandlung heute trotz ihrer offensichtlichen Mißerfolge der letzten Monate eröffnet. Und so schlecht stehen ihre Karten auch nicht. Der schleswig-holsteinische Generalstaatsanwalt stellte sich voll hinter die weitere Schuldzuweisung an Safwan Eid. Des weiteren sah er bisher keine Notwendigkeit, die Ermittlungen gegen die vier Nazi-Skins wieder aufnehmen zu lassen. Und in der Öffentlichkeit hat es die Staatsanwaltschaft mit ihren Behauptungen heute zwar schwerer als direkt nach dem Anschlag, denn nach der Haftentlassung Safwan Eids stürzten sich Teile der Medien geradezu auf die schon längst bekannten Widersprüche und Unglaubwürdigkeiten der offiziellen Version. Gleichzeitig transportieren sie aber auch weiterhin jeden Versuch der Staatsanwaltschaft, die Kritik zu verwässern und die Glaubwürdigkeit des Angeklagten in Zweifel zu ziehen. Daß sich die veröffentlichte Meinung momentan etwas kritischer gibt, bedurfte zum einen der Autorität der gerichtlichen Entscheidung, den Haftbefehl gegen Safwan Eid aufzuheben, zum anderen war durch die Reaktion unmittelbar nach dem Anschlag dem gesellschaftlichen Willen zur nationalen Geschlossenheit bereits ausreichend genüge getan.

Letztlich hält die Staatsanwaltschaft auch weiterhin die Linie durch, auf die sie mit der Freilassung der vier Grevesmühlener Nazis schon einen Tag nach dem Anschlag eingeschwenkt ist: Um jeden Preis zu verhindern, daß deutsche Täter ins Visier kommen. Das, was die Staatsanwaltschaft dabei anstellt, um gegen die vier Grevesmühlener nicht weiter ermitteln zu müssen, ist als Unterstützungsaktion für die vier Nazis zu betrachten. Da werden ihnen Alibis konstruiert, da werden belastende Fakten einfach beiseite gelassen, da wird alles getan, damit das, was eigentlich eindeutig gegen sie spricht, irgendwie 'erklärbar' wird, und sei es noch so abstruß. Und das bisher nicht ohne Erfolg: Bei allen Rückschlägen, die die Staatsanwaltschaft mit ihrem Anklagekonstrukt gegen Safwan Eid hinnehmen mußte, bleibt festzuhalten, daß auch nach der Aufhebung des Haftbefehls gegen Safwan Eid in der Öffentlichkeit bestenfalls darüber diskutiert wird, ob Safwan Eid schuldig oder unschuldig ist.

Der Grund für das entschlossene Festhalten der Staatsanwaltschaft an dem Konstrukt wie auch der Durchsuchungen und der eingeleiteten Ermitlungsverfahren gegenüber

KritikerInnen ihrer Version ist eben darin zu sehen: Daß auch weiterhin im nationalen Interesse nicht über Deutschland, seine Täter und die gesellschaftliche Realität, wie mörderische Anschläge, staatliche Abschiebepolitik und alltäglicher Rassismus, gesprochen wird. Dies wäre selbst bei einem Freispruch Safwan Eids als nationaler Erfolg zu verbuchen. Das 'Modell Lübeck' zeigt, wie künftig selbst weltweit Schlagzeilen machende rassistische Brandanschläge im nationalen Interesse umgebogen werden sollen: In Deutschland zünden sich die Opfer selber an!
Dieses nationale Interesse muß durchbrochen werden!



Schluß mit dem Verfahren gegen Safwan Eid!
Keine Abschiebung der Flüchtlinge der Hafenstraße - Bleiberecht und offene Grenzen für alle!
Nie wieder Deutschland!

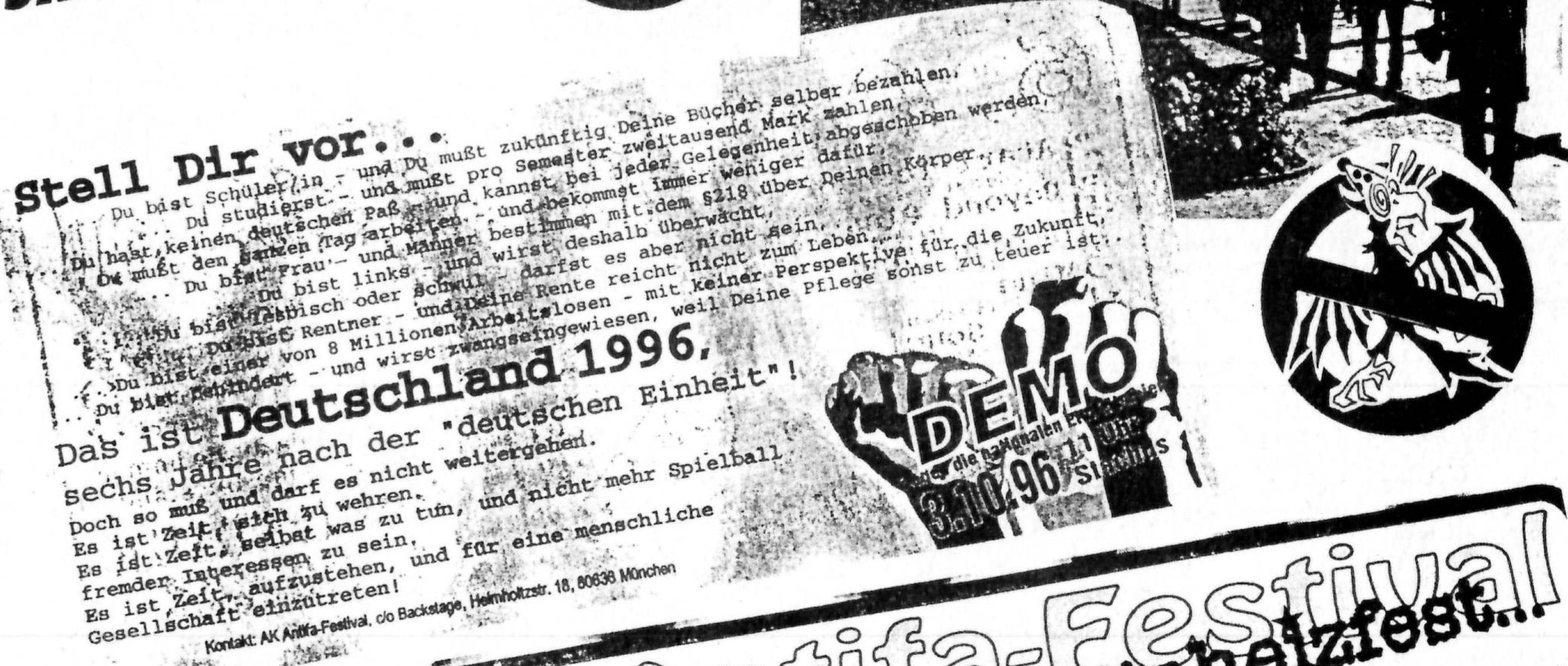
Komitee zur Ermittlung gegen Deutschland

v.i.S.d.P.: Erna Ernst, geb.: 16.09.1996, wohnhaft in Eddeldorfer Str. 1, 2436 Eddeldorf

---

Gegen die nationalen Einheitsfeiern am 3.Oktober 1996 in München

Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Lübeck ... Die Brandstifter sitzen in Bonn.



Stell Dir vor...

Du bist Schüler/in - und Du mußt zukünftig Deine Bücher selber bezahlen,
... Du studierst - und mußt pro Semester zweitausend Mark zahlen,
Du hast keinen deutschen Paß - und kannst bei jeder Gelegenheit abgeschoben werden,
... Du mußt den ganzen Tag arbeiten - und bekommst immer weniger dafür,
... Du bist Frau - und Männer bestimmen mit dem §218 über Deinen Körper,
... Du bist links - und wirst deshalb überwacht,
... Du bist lesbisch oder schwul - darfst es aber nicht sein,
... Du bist Rentner - und Deine Rente reicht nicht zum Leben,
... Du bist einer von 8 Millionen Arbeitslosen - mit keiner Perspektive für die Zukunft,
... Du bist behindert - und wirst zwangseingewiesen, weil Deine Pflege sonst zu teuer ist.

Das ist **Deutschland 1996,**
sechs Jahre nach der "deutschen Einheit"!
Doch so muß und darf es nicht weitergehen.
Es ist Zeit, sich zu wehren.
Es ist Zeit, selbst was zu tun, und nicht mehr Spielball fremder Interessen zu sein.
Es ist Zeit, aufzustehen, und für eine menschliche Gesellschaft einzutreten!

Kontakt: AK Antifa-Festival, c/o Backstage, Helmholtzstr. 18, 80636 München

Demo 3.Okt. 11⁰⁰ Uhr München Stachus

6. Antifa-Festival
das Einheizfest...

in der Halle
Atari Teenage Riot (Digital-Trash-Punk-Techno/Berlin)
Beyond Pleasure (Free-Pop/München)
Garden Gang (Folk-Punk/München)
Mine (Hardcore/Schweiz)
Sans Souci (Punk/München)

im Club
um 20 Uhr Veranstaltung "Perspektiven des Widerstands"
ab 22 Uhr: ALTERNATIVE SPIRITS-Party mit DJ Gorri

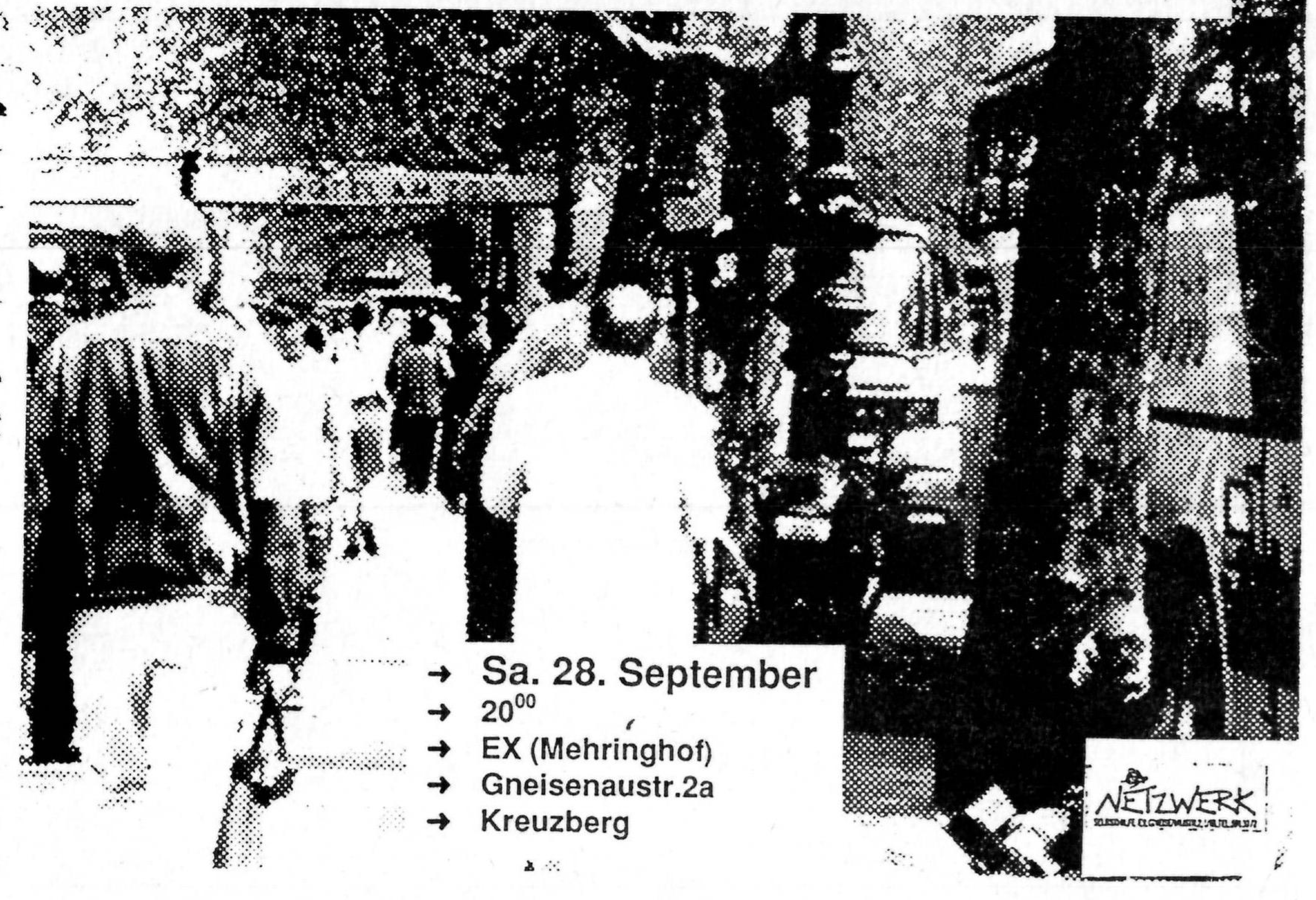


dazu wie immer Ausstellung, Filme, Infostände

Mi. 2.10.96 Nächster Tag Nix-zu-Feierntag!
ab 18h - Solibeitrag 13,-

BACKSTAGE
Helmholtzstr. 18 - Tel. 12 66 100
S Donnersberger Brücke

FOOD NOT BOMBS



Veranstaltung mit der Organisation Food Not Bombs - San Francisco. Aktuell existieren etwa 40 Food Not Bombs - Gruppen in den USA und in Kanada. Hauptpfeiler von Food Not Bombs ist die Verpflegung Obdachloser mittels kostenloser vegetarischer Mahlzeiten, hergestellt aus Abfällen und Überschüssen. Bei der Verteilung der Lebensmittel auf öffentlichen Plätzen, sind Leute von Food Not Bombs regelmäßig von der US-Polizei angegriffen worden, ein Aktivist wurde wegen der Aushändigung eines Brötchens zu 60 Tagen Knast verurteilt. Weitergehend sind sie in den Bereichen Hausbesetzung, Anti-Todesstrafe, Flüchtlingshilfe, Freies Radio, Politische Gefangene, Tierrechte,... tätig.

Bei der Veranstaltung ist das Food Not Bombs Gründungsmitglied Keith McHenry anwesend. Einleitend wird ein Video gezeigt, welches die Angriffe der Polizei-San Francisco während der Nahrungsmittelverteilung dokumentiert. Anschließend referiert Keith über Ziele und Methoden der Bewegung. Danach wird die Diskussion eröffnet.

- → Sa. 28. September
- → 20⁰⁰
- → EX (Mehringhof)
- → Gneisenaustr.2a
- → Kreuzberg

NETZWERK

Antifa-Kiez-Spaziergang

HISTORISCHE STÄTTEN DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS UND AKTUELLE NAZITREFFS IN FRIEDRICHSHAIN

Sonntag, 29. September
Beginn: 13 Uhr, S-Bahnhof Frankfurter Allee

danach: **Vokü und Film**
im Schreinercafé in der Schreinerstraße 47



Jugendantifa Friedrichshain

Gegen das Vergessen und für den antifaschistischen Kampf!

Antifa-Kiez-Spaziergang

Wenn der **29. September** nur der Geburtstag von Buddy Holly wäre, dann wäre es wahrscheinlich bloß wieder einer dieser verdammt langweiligen Sonntage. Ist es aber nicht: Statt dessen gibt es den ersten **Kiez-Spaziergang der Jugendantifa Friedrichshain**, der an aktuellen Nazitreffs und historischen Plätzen des antifaschistischen Widerstands in unserem Bezirk vorbeiführt.
Was das ganze soll? Gerade in Friedrichshain gibt es eine rege Geschichte von Leuten, die sich während der Nazizeit gegen die Faschisten gewehrt haben und dafür nicht selten ins KZ gesteckt und ermordet wurden. Wir finden es wichtig, diese Leute vor dem Vergessen zu bewahren und zu zeigen, daß damals wie heute Widerstand möglich und notwendig war.
Genauso wichtig finden wir es aber, nicht nur den alten Kämpfen zu gedenken, sondern auch die neuen zu führen. Und daß es da genügend zu tun gibt, sieht jeder, der mit offenen Augen durch Friedrichshain läuft und die Bomberjacken mit „Ich bin stolz Deutscher zu sein"-Aufnähern nicht für ein Karnevalskostüm und deren Träger nicht für Mitglieder eines Baseball-Clubs hält. Deshalb werden wir bei dem Spaziergang auch aktuelle Nazitreffs öffentlich machen.
Also: Am 29. nicht wieder den ganzen Tag saufen und sich die alten Scheiben von Buddy Holly reinziehen, sondern um **13 Uhr** zum **S-Bahnhof Frankfurter Allee** kommen. Da beginnt nämlich der Antifa-Kiez-Spaziergang. Und hinterher gibt's billiges Essen bei der **Volxküche** und einen **Film** (wahrscheinlich mit alten Live-Auftritten von Buddy) **im Schreinercafé** in der Schreinerstr. 47.

Den Nazis keine neue Chance!



Jugendantifa Friedrichshain

V.i.S.d.P. E. Kling Bänschstr 3, Berlin

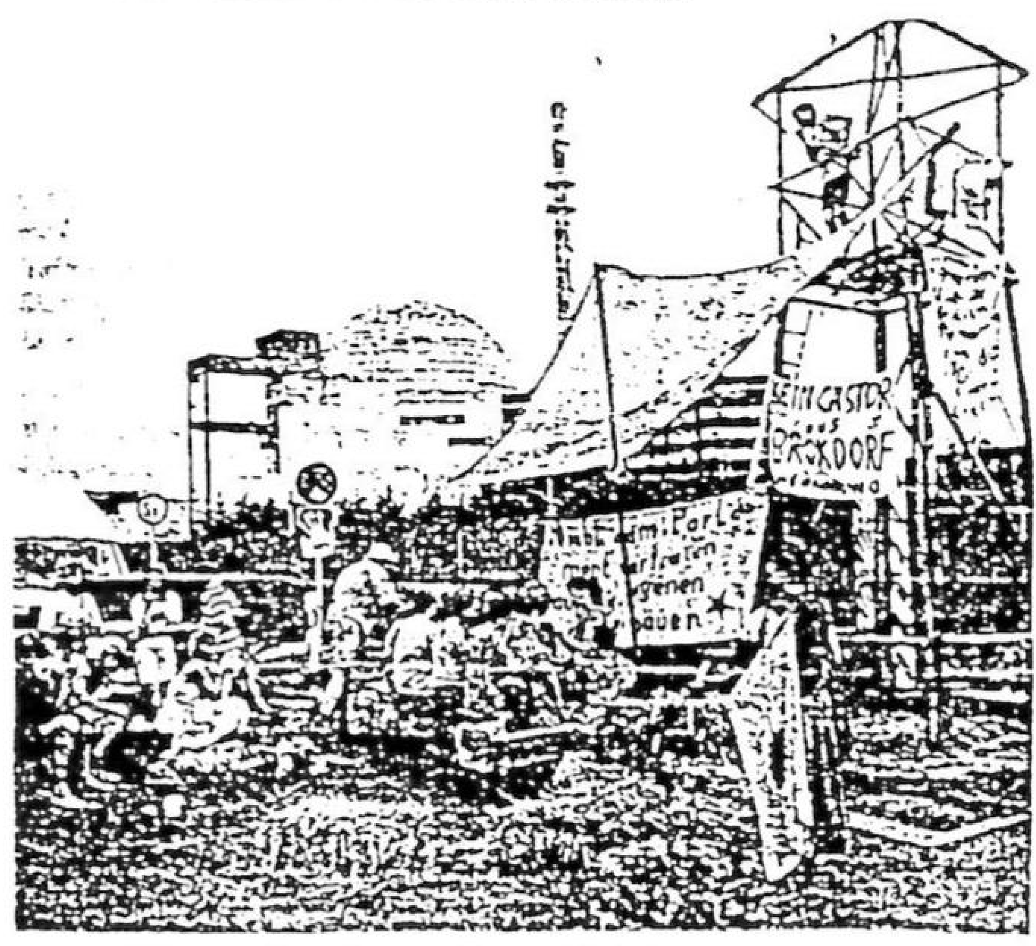


TERMINE TERMINE TERMINE

10 Jahre Betrieb sind genug !
23 Jahre Widerstand noch lange nicht!

Anti-Atom-Demonstration

5. Okt. '96



Stoppt Brokdorf !!!!

TREFFS: 11 Uhr Itzehoe/Bhf, (mögl. mit Trecker o. Rad)
12.30 Uhr Wilster /Kirche
14 Uhr AKW Brokdorf

Infonummer: 04852-3761 o.54193

V.i.S.d.P. Andreas Panzlau, Stettiner Str. 11, 25541 Brunsbüttel
UnterstützerInnen: Aktionskreis Restrisiko i.d.GAL, Aktionskreis Stillegen, Arbeitskreis Leukämie Unterelbe, BUND Kreisgruppe Steinburg, B 90 die Grünen Kreisverband Steinburg, Unterstützungsgruppe Brokdorf Klage

MEGA SOLI PARTY • 12.10.96

Geld für die Verfahren gegen radikal und K.O.M.I.T.E.E.

Ab 22 Uhr gehts los!
Essen • Filme • Cocktailbar
Ausstellung • Chill-out-Zone
Musik aller Art

Solikonto radikal-Verfahren:
Rote Hilfe Berlin, Kto.-Nr. 71 89 59 06 00
BLZ 100 200 00, Berliner Bank,
Stichwort: „13.6."

Solikonto Beugehaft-Verfahren:
Sonderkonto Klaus Schmidt,
Kto.-Nr. 20610-106, BLZ 100 100 10, Postbank
Berlin, Stichwort: „Staatsurlaub"

S.F.E. MEHRINGHOF GNEISENAUSTR. 2A

Broschüre des antifaschistischen Redaktionskollektivs:

Wurzen -

Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen.

Inhalt
- Situation in der BRD
- Strukturen und Entwicklung der Faschos im Muldentalkreis/Wurzen
- Chronik der Übergriffe
- Verhalten von staatlichen Ermittlungsbehörden und Justiz
- Stadtpolitik
- Antifaschistischer Widerstand in Wurzen

WURZEN & UMLAND NICHT IN NAZIHAND!

Unser Kampf ist national!



zu bestellen bei:
Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig
Fax: 0341-9608303

5,- DM + Porto
ab 20 Hefte 4,- DM
nur Vorauskasse

VERWÄSSERT

Unsere Bürgerrechte werden per Gesetz immer weiter ausgehebelt. Durch Beschleunigungsgesetze wird sichergestellt, daß die Wirtschaft ihre Bauvorhaben beginnen und beenden kann, auch wenn noch Anwohnerklagen verhandelt werden.

VERGIFTET

Unsere Regierung ist ein Spielball in den Wogen der Wirtschaft. Die Spätfolgen ihres Handelns scheinen ihr egal zu sein. Die Interressen drehen sich einzig und allein um den schnell zu erziehlenden Profit. Berlin scheint die Chance der Ökowirtschaft zu verschlafen. Auf Belastungen des Grundwassers durch Weichgele und andere ungenügend erforschte Stoffe, die in das Urstromtal eingebracht werden, ist kaum reagiert worden.

Eingeladen sind: Pia Paust-Lassen (B90/Die Grünen), Axel Wichmann (B.A.U.C.H. eV.), Wolfgang Goßel (BUND - Wassergruppe),RainerScicks (A.G.i.T.), Grd. Ing. Rainer Hinkel



ANTI-TUNNEL GmbH

Kontakt jeden Mittwoch 17.00 Uhr
B-Laden
Lehrter Str 27-30
10557 Berlin-Moabit
Tel • Fax 397 52 38

Antitunnel GmbH
c/o Umwelt- und
Projekwerkstatt
Yorkstr 59
10963 Bln.
Tel. 789 13 143

Spenden für Aktionen über
Verein für selbstbestimmte Jugendarbeit eV
Stichwort "Tiergartentunnel"
Ktonr. 33 10 400 Bank für Sozialwirtschaft, Berlin
BLZ 100 20 500

ZUKUNFT?!?

AKTIONEN UND DISKUSSIONEN
SONNTAG 6.10.96

von 11-16 Uhr rund um die Amazone Str. d. 17. Juni/ Entlastungsstr.
und auch in der Zukunft jeden 1. Sonntag im Monat:
ANTI-TUNNEL HAPPENING & UNI IM FREIEN

V.i.S.d.P.: Baumpaten in der ANTI- TUNNEL GmbH

Mit dem Kopf durch die Wand



Wo beschreiben Gefangene in noch nicht gesprengten oder durchlöcherten Knästen ihren FreundInnen, GenossInnen, Verwandten und Interessierten draussen was sie denken und wie es ihnen geht?

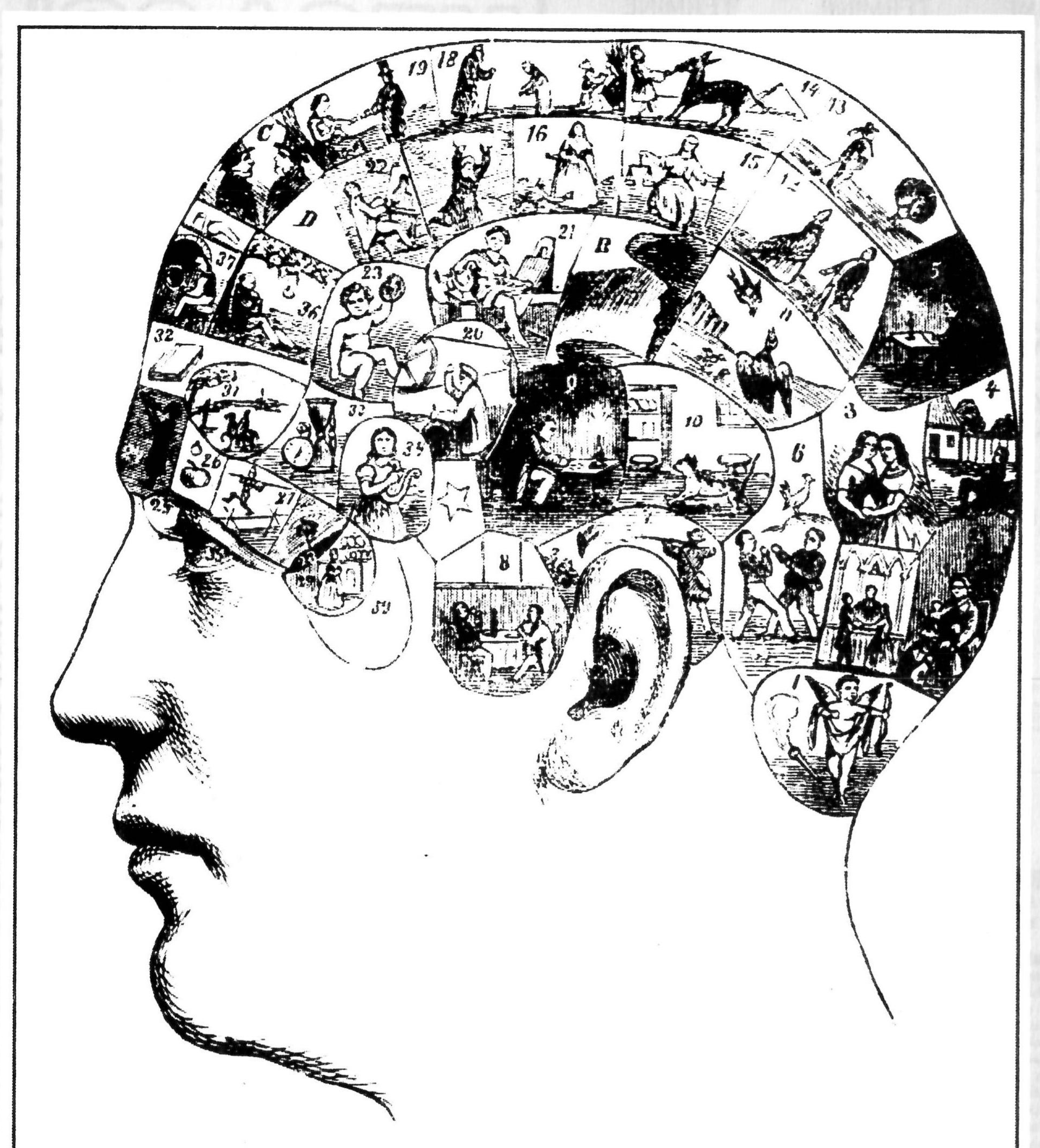
Frühling 96. **Knastrevolte in einem Vorort von Buenos Aires.** Tausende von Gefangenen kämpfen in verschiedenen Knästen für bessere Haftbedingungen und gegen die Verschleppung ihrer Prozesse

"Briefe aus geschlossenen Orten"

Mit Fr.20.- ermöglichst du einem Gefangenen 5 Gratisnummern.'

c/o Infoladen Sowieso/Lindenbergstrasse 23/CH-4058 Basel

Preis pro Nummer Fr.4.-
(erscheint unregelmässig.)



Organ

A. der Gattenliebe, B. des Stolzes, C. des Begriffssinnes, D. der Anmuth, 1. der Geschlechtsliebe, 2. der Aelternliebe, 3. der Freundschaft, 4. der Heimatsliebe, 5. der Emsigkeit, 6. des Kampfsinnes, 7. des Zerstörungssinnes, 8. der Eßlust, 9. des Erwerbssinnes, 10. der Verschwiegenheit, 11. der Vorsicht, 12. des Ehrgeizes, 13. der Selbstachtung, 14. der Festigkeit, 15. der Gewissenhaftigkeit, 16. der Hoffnung, 17. der Gläubigkeit, 18. der Demuth, 19. der Gutmüthigkeit, 20. des Bausinnes, 21. des Idealitätssinnes, 22. des Nachahmungssinnes, 23. des Frohsinnes, 24. des Beobachtungssinnes, 25. des Formsinnes, 26. des Maßsinnes, 27. des Wägesinnes, 28. des Farbensinnes, 29. des Ordnungssinnes, 30. des Zahlensinnes, 31. des Ortssinnes, 32. des Erinnerungssinnes, 33. des Zeitsinnes, 34. des Tonsinnes, 35. des Sprachsinnes, 36. des Causalitätssinnes, 37. des Vergleichssinnes.